

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Gütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ersteinst abends Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944a.
Einzelnenpreis bis 30 Pfennige
je 40 Pf.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schlag der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Aufschriften, Abonnementbestellungen
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des deutschen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Zum Kampf gegen den Alkohol

Sind uns infolge des Artikels: „Ein gefährlicher Volksfeind“ in Nr. 23 schon mehrere Zuschriften zugegangen. Wir haben das vorausgesehen, daß die Abstinenzler damit auf den Plan gerufen wurden und müssen schon vorab bemerken, daß unser Organ nicht der geeignete Platz für lange Auseinandersetzungen zwischen der extremen Abstinenzbewegung auf der einen und den Mäßigkeitsbestrebungen auf der andern Seite sein kann. Diese unserer Grundsätze auch überflüssige Doktorfrage kann nicht in einem Gewerkschaftsorgan zum Austrag gebracht werden, schon um die Kollegen nicht gegenseitig zu erbittern. Der nachfolgenden Zuschrift eines Abstinenzlers von der Wasserlante wollen wir ausnahmsweise Ausnahme gewähren, gleichzeitig einer Antwort darauf, und dann kann eine weitere Polemik jedoch nicht mehr stattfinden, während sachliche Ausführungen zu dieser gewiß wichtigen Frage jederzeit im Organ angebracht sein dürfen. Die Zuschrift des Abstinenzlers von der Wasserlante lautet:

Der Artikel „Ein gefährlicher Volksfeind“ im Deutschen Metallarbeiter Nr. 23, schneidet eine Frage an, deren Lösung heute Millionen beschäftigt. Meinem Dafürhalten sind es nicht die Mäßigkeitsbestrebenden, sondern die Vornarrstrebenden, die ein offenes Auge haben für die Schäden unserer Zeit, die am Marke des Volkes zehren. Die Alkoholsage steht gegenwärtig mit im Vordergrund der sozialen Frage und das mit Recht, denn täglich fordert der Wollsch Alkohol seine Opfer, täglich werden Millionen von Mark vom deutschen Volk dafür ausgegeben, täglich suchen Millionen ihren Kummer darin zu erkaufen, täglich suchen sich ebensovielen damit vergnügliche Stunden zu bereiten. Alle Hoffnungen erweisen sich als trügerisch.

Uns Arbeiter, uns Gewerkschaftler insbesondere interessiert die Frage mehr, was schadet uns der Alkohol? Die Loblieder, die dem Betrüger Alkohol gehalten werden, müssen sich immer mehr hinter verschlossene Türen zurückziehen. Die ungeheure Aufklärungarbeit ist zum größten Teil getan, dem Gegner der Antialkoholbewegung zum Ruhm, sie haben wacker dabei geholfen, durch die mitunter aller Sachlichkeit entbehrenden Polemiken haben sie Erledigtes dazu beigetragen, dem Alkohol die Maske vom Gesicht zu reißen und ihn mit allen Mitteln der Kunst lächerlich zu machen.

Kollegen! Was nützt uns der Alkohol? Antwort: Nichts. Alle scheinbaren Vorteile zergehen zu nichts, wenn man sie einer näheren Betrachtung unterzieht. So oft wird die Einwendung gemacht, die Alkohol-Industrie gibt Hunderttausenden lohnende Beschäftigung, die 3 Milliarden und darüber sind mithin nicht verloren, sie bringen Vater Staat übrigens auch einen ganz netten Gewinn in Gestalt von indirekten Steuern, die, wenn die ungeheuren Quantitäten ungetrunken blieben, auf andere Art, die vielleicht noch empfindlicher drückte, aufgebracht werden müßten. Gemacht mein Lieber! Die Groschen, die aus dem Alkohol ausgepreßt werden, sind die wahren Blutgroschen zu nennen. Die in der Alkohol-Industrie angelegten Kapitalien würden in einer anderen Industrie zum mindesten die doppelte Arbeitskraft erfordern; beinahe braucht die Alkohol-Industrie im Verhältnis zu ihrem Umsatz die wenigste Arbeitskraft für Deutschland kommt diese Frage überhaupt nicht in Betracht, da Deutschland keinen Uberschuß an Arbeitskraft hat, solche vielmehr heute importiert.

Nun zum scheinbaren Vorteil, den der Staat davon hat. Die Millionen schwinden schon um ein beträchtliches, wenn die Betschwärzungen zu Al-

kohol gebracht werden, vor allen Dingen, wenn man die Schäden ans Licht zieht, die auf Konto Alkohol zu haben sind. Zunächst zu den persönlichen Schäden, die das Individuum als Konsument hat. Der Alkohol untergräbt die Gesundheit und verkürzt das Leben, indem er sämtliche Organe, Herz, Nieren, Leber, Milz, Lungen und Blut vergiftet. Er disponiert somit zu allen Infektionskrankheiten. Er zerrüttet das ganze Nervensystem; die Proletarierkrankheit, die Lungenschwindsucht, ist dem Alkoholgenuß zum großen Teil zuzuschreiben.

Diese angeführten Schäden sind immer noch persönliche zu nennen, wenn wir auch die Bedauernswerten bemitleiden, so können wir ihnen nicht den Vorwurf eriparen: Ihr seid selbst schuld, die Verhältnisse, die oft vorgehoben, rechtfertigen nicht ihre Handlungsweise, denn Tausende andere, die sich genau in derselben, womöglich noch in schlimmerer Lage befinden, beweisen das Gegenteil. Hieraus ergibt sich die Forderung: Haltet mit dem Trinken ein, wenn es der Durs nicht zuläßt, dann greift zur Wasserflasche, Kaffee- oder Teeanne; ihr bleibt nüchtern dabei und spart Geld.

Die Schäden, die dem Staat aus dem Alkohol erwachsen, sind weitgehender. Der Staat setzt sich aus Persönlichkeiten zusammen; je gesünder die einzelnen Glieder eines Gemeinwesens an Geist und Körper, um so größer ist die Ueberlegenheit eines Volks auf dem Weltmarkt. Nun können wir Abstinenzler uns nicht hinein denken, welcher Vorteil dem Staat als Gemeinshaftswesen, aus der Alkoholindustrie und dem Konsum erwachsen soll. Sind es die Tausende, die jährlich vor den Strafrichter mehr gebracht werden. Sind es die Kranken und Siechen, die ihre letzten Tage in Elend und Not verbringen und größtenteils den Kommunum zur Last fallen? Sind es die unzähligen Krüppel, die im Dursel schon geschlagen worden durch eigne Schuld oder die anderer? Sind es die Dioten, die auf unser Mitleid Anspruch haben, weil sie den Fluch unterschuldet tragen? Sind es die Tausende von Familien-Dramas, die zum großen Teil dem regelmäßigen Alkoholgenuß zuzuschreiben sind und unser Volksleben mit vergiften helfen? Sind endlich vielleicht Trinkerheilanstalten und Freyhäuser als Zierde in einem Staat zu bezeichnen? Das Angeführte ist nur ein Bruchteil von dem Elend, das durch den Alkohol geschaffen, woran heute breite Massen des Volkes, dank unserer Trinksitten krankten.

Der Arbeiterstand hat besonders Ursache, sich mit allen Mitteln ins Zeug zu legen, daß den Unsitten ein starker Damm entgegen gesetzt wird. Wenn Mitglieder der höheren Stände ihr Geld und Verstand vertrinken, so schadet das nicht so viel als bei dem wirtschaftlich schwachen Lohnarbeiter. Der Arbeiterstand bildet sozusagen das Fundament, auf dem der herrliche Bau, mit all den Schmörkeln und Fassaden des Gesellschaftslebens ruht, hat mithin auch den größten Druck auszuhalten. Aus den unteren Schichten sind immer einige, die sich emporarbeiten nach höheren Regionen und wenn es vielen nicht gelingt, so bringen sie doch durch ihre Anstrengung, Bewegung und Anregung in die breiten Massen. Dieser schwertragende Volksteil, besonders die Gewerkschaftler, müssen nüchtern und zwar immer nüchtern sein, wenn sie den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden wollen, das können sie nicht durch mäßig sein, nein durch Abstinenz.

Was bringt der Alkohol den Gewerkschaften für unendlichen Schaden; von Nutzen kann keine Rede sein, da dies ja auch für Allgemeinheit nicht zutrifft. Der Schaden, den er anrichtet, ist dagegen bedeutend weitgehender als bei den von der Sonne des Glücks beschienenen. Schon aus dem Grunde, weil der Ar-

beiter, der auf der untersten Stufe der sozialen Stufenleiter steht, ins Rutschen kommt, auch schon unten angekommen ist und man über den Unverbesserlichen leicht den Stab bricht. Der Alkoholgenuß ist der größte Hemmschuh in unserer Bewegung, er degeneriert den Arbeiter bedeutend schneller, weil durch den starken Kräfteverbrauch seine Konstitution geschwächt ist. Vor allen Dingen, weil der Alkoholiker fast regelmäßig das Staudesbewußtsein verliert, aus diesem Grunde für die Arbeiterbewegung nicht zu haben ist. Wenn sich wirklich einer verläßt, dann ist er meistens ein totes Glied, worauf in wichtigen Anlässen kein Verlaß ist. Auch mit dem Beitragszahlen hapert es meistens. Kollegen, wo heute die ganze Welt unter dem Druck der sozialen Frage erzittert, wo Millionen Tag für Tag zur Fabrik eilen und so arm bleiben, wie sie sind, nur ihr langes Leben zu fristen, wo eine geringe Zahl von Kapitalisten die ungeheuren Gewinne in ihren Taschen verschwinden läßt, wo das arbeitende Volk ausgeschlossen ist, von den Kulturvergemeinschaften, wo Reichtum und arbeitsloser Gewinn zum guten Menschen gehört, wo scheinbar die Macht das Recht für sich allein in Anspruch nimmt, da muß eine Waffe, die uns einen Schritt vorwärts bringt, nur willkommen sein. Das Zusammengehörigkeitsgefühl muß uns zum Zusammenbruch führen. Gelingt es uns nicht, die Massen zu organisieren und geschlossen vorzugehen, dann sind unsere Opfer vergebens gebracht. Jeder Mann, der zurückbleibt, jeder, der für die Organisation nicht zu haben ist, ist ein Hemmschuh für uns, ein Vorteil für den Gegner.

Der Alkohol ist der größte Damm gegen die Arbeiterbewegung; deshalb fort damit und zwar nicht mäßig, sondern gänzlich. So oft muß man hören, ja das ist nicht für mich, nicht für die christlichen Gewerkschaftler, das ist was für Trinker; mit nichts! Das ist für die sogenannten Mäßigen, wozu sich wohl auch der Artikelschreiber B. rednet. Die Stadtväter geben keine Konzessionen für Trinker aus, nur für Mäßige; aus dem Heer der Mäßigen entwickelt sich allmählich die Trinker, woran dann der ehrliebe Bierphilister Anstoß nimmt. Mäßigkeit ist zu allen Zeiten gepredigt worden, mit welchem Erfolg legen oben angeführte Beispiele klar. Der Trinker löst seinen Durs genau so wie der Mäßige, ob an Wein, Bier oder Cognac ist überhaupt gleichgültig; nur daß letzterer vielleicht durch natürliche Veranlagung eher genug hat.

Kollege B. schreibt: Denken ist Pflicht des Gewerkschaftlers. Meines Dafürhaltens muß gerade Denken, gepaart mit gesunder Logik, dazu führen, das gefährliche Gift, was B. als das geschilbert, was es ist, gänzlich zu meiden. Gift ist Gift und bleibt Gift; dem einen schadet ein kleines Quantum mehr, als einem anderen das fünffache. Wo ist die Grenze? frage ich. Auf der Arbeit soll nicht mehr getrunken werden, ferner nicht bei Geburtstag, Namensstag, Einstand, Ausstand, Kindtaufen, Hochzeiten, Freikommen vom Militär usw.! Wann denn? um in den Augen eines Mäßigen gerecht zu erscheinen. Die Mehrzahl der denkenden Gewerkschaftler wird sich diese Frage beim Lesen des Artikels „Ein gefährlicher Volksfeind“ vorgelegt haben. Für die Beantwortung dieser Frage könnte man dem Verfasser dankbar sein.

B. G. Hamburg

Hierzu schreibt Kollege B., der Verfasser des erstgenannten Artikels:

Der Kollege B. G. vertritt den extremen Abstinenzler-Standpunkt. Das Extreme ist jedoch in allen Streitfragen vom Uebel, weil über das Ziel hinaus-

strebend und unmöglichen Utopien nachjagend. Statt auch in der Alkoholfrage dem Uebermaß, den Auswüchsen zu Leibe zu gehen, richtet sich der Kampf der extremen Abstinenzler mehr gegen die Mäßigen, weil diese sich nicht ohne weiteres zur völligen Enthaltensamkeit bekennen wollen. Das ist nicht nur intollerant, sondern auch unklug von solchen Leuten, die dem Alkohol den Krieg in Harmonie erklärt haben. Diesen Fehler der Intoleranz und Uebertreibung des Prinzips macht auch der Kollege S. B. mit dessen sachlichen Ausführungen über die Folgen des Alkohols, die im übrigen jeder Gewerkschaftler einverstanden erklären wird. Nun zu seiner Schlussfrage, wo die Grenze zu ziehen sei?

In dem ersten Artikel habe ich mich mit aller Entschiedenheit gegen den Schnaps während der Arbeit und jegliches Uebermaß und alle Unsitten ausgesprochen. Wo außerhalb der Arbeitszeit ein Glas Bier oder Wein erlaubt ist, das wird man doch hoffentlich dem Ermessen eines jeden vernünftigen Vorgesetzten noch selbst anheim stellen können. Wer während oder nach dem Essen, oder abends nach getaner Arbeit, oder bei einem Spaziergang, während der Versammlung oder Sitzung sich ein Glas Bier schmecken läßt, der ist deshalb noch kein Trinker oder Prasser und wer ihm das verbieten oder übel nehmen möchte, ist untolerant oder überspannter Fanatiker. So fürchtbar tief sollte man auch die Arbeiter nicht einschätzen, daß man ihnen in der Verallgemeinerung jedes Urteils über erlaubt oder unerlaubt, sowie jede Selbstbeherrschung absprechen möchte.

Ebenso wenig, wie man den Tabak aus der Welt schaffen könnte, um den höchst überflüssigen und gesundheitsschädlichen Tabakgenuß auszurotten, ebenso wenig aber auch, wie man das Eigentum wird abschaffen können, um Diebstahl, Raub und Betrug unmöglich zu machen, ebenso wenig soll man auch in der Alkoholfrage solche Pfordereien verantworten und das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Denn völlige Enthaltensamkeit ist eine Utopie, die doch niemals praktisch verwirklicht werden kann. Darum Kampf dem Uebermaß, den Auswüchsen im Alkoholgenuß, das wird viel erfolgreicher sein als das Züchtigen in der Wüste von extremer Abstinenz. B.

Scharfmacherlust?

Das offizielle Organ der Regierung, die Nordd. Allgem. Zeitung, bringt in ihrer Wochenrundschau vom 23. 6. 07 eine Charakteristik der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten möchten. Dieselbe schreibt:

„Um so mehr Beachtung verdienen die Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung, die ein neuerliches starkes Aufschwollen der sozialdemokratischen Hochmut und eine ungezügeltere Kraft der Offensive gegenüber dem Unternehmertum aufweist. Die drei Hauptgruppen der deutschen Gewerkschaftsorganisation stellen zusammen das mächtigste, zahlenreichste, bestgegliederte, kampflustigste, wenn auch nicht kapitalmächtigste Arbeiterheer dar, das wir überhaupt kennen. Nun gehen ja wohl nach ihren politischen Grundrissen die großen gewerkschaftlichen Organisationen diametral auseinander. Wir haben neben den sogenannten freien oder neutralen, d. h. rein sozialdemokratischen Gewerkschaften eine christliche und nationale Gewerkschaftsbewegung sich entwickeln gesehen, und erst in letzter Zeit haben auch die freisinnigen Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine im strikten Gegensatz zur Sozialdemokratie in ihrem neuen Programm das nationale Moment stärker hervorgehoben. Aber in ihren rein wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Zielen müssen die drei großen Arbeiterverbände doch als eine innere Einheit betrachtet werden, da ihr letztes Ziel ist, einen Verband der Arbeitnehmer darzustellen zur Erzielung besserer Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, als sie der einzelne Arbeitsverkäufer mit seiner im Verhältnis zum kapitalistischen Unternehmer schwachen Kraft erlangen kann. Prinzipiell ist deshalb auch in den drei Verbänden die Stellung zum Streik dieselbe — mögen auch in der praktischen Anwendung die sozialdemokratischen Gewerkschaften im allgemeinen radikalere Maßnahmen lieben als die christlichen Gewerkschaften und als die freisinnigen Gewerksvereine. Alle drei betrachten den Streik als erlaubtes und notwendiges Kampfsmittel, um, wenn gültige Mittel nicht fruchten, die Arbeitgeber zur Befreiung der Löhne oder sonstigen Arbeitsbedingungen zu zwingen. In dieser Wahlverwandtschaft ändert auch der Umstand nichts, daß die Sozialdemokratie aus tatsächlichen Interessen, um sie bei den Arbeitern zu verankern, die großen nationaldemokratischen

Verbände mit den streikbrechenden Organisations in einen Topf wirft und als reine Schädlinge der Arbeiterbewegung verurteilt.

Prinzipiell nämlich von den eben genannten verschiedenen ist die Haltung der gelben oder Streikbrechergewerkschaften, die im allgemeinen wohl eine von den Arbeitgebern gegründete, unterstützte und finanzierte Gegenorganisation von Arbeitern darstellen, die dazu bestimmt sind, den Unternehmern unter allen Umständen ergeben zu sein und ihnen im Falle von Streiks Hülfstruppen aus den eigenen Reihen der Arbeiter zu liefern. Hingegen die drei großen Organisationen streben dahin, als Gegenkontrahenten den Arbeitsvertrag selbständig zu beeinflussen und in letzter Instanz durch gemeinsame Ausstände ihrer Mitglieder bessere Bedingungen zu erzielen, als es dem einzelnen möglich ist.“

Diese Charakteristik trifft im allgemeinen das richtige. Eine „innere Einheit“ bilden die drei großen Gewerkschaftsgruppen zwar nicht, im Gegenteil. Nicht bloß politische Gesichtspunkte trennen die drei Gruppen, sondern ebenso sehr die verschiedene Auffassung über die letzten Ziele der Arbeiterbewegung und über die Stellung der Arbeiter zum Arbeitgeber. Während die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich grundsätzlich auf den Boden des Klassenkampfes stellen im Sinne der sozialdemokratischen Theorie, verwerten die christlichen Gewerkschaften diesen Standpunkt ebenso entschieden. Während die sozialdemokratischen Gewerkschaften alle gewerkschaftlichen Ergebnisse nur als Stappe zum Endziel betrachten, stellen sich die christlichen Gewerkschaften auf den Boden der heutigen bürgerlichen Ordnung und wollen innerhalb derselben das Arbeitsverhältnis möglichst gerecht und frei gestalten. Diesen großen prinzipiellen Unterschied möchten wir nicht verwischt sehen, weil er für die spätere Lattit der christlichen Gewerkschaften von ausschlaggebender Bedeutung sein wird; in dem Moment nämlich, wo die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung beginnen sollte, die politischen Ziele der Sozialdemokratie mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln zu unterstützen. Eine Wahlverwandtschaft, um mit der N. A. Z. zu reden, zwischen uns und den sozialdemokratischen Gewerkschaften besteht nur insofern, als die Gegenwartsaufgaben, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, rechtliche Gestaltung des Arbeitsvertrages, gleichartige sind und die Kampfmittel hierzu, der Streik, Boykott usw. ebenfalls. Und beides hat seine letzte Ursache wiederum in der Stellung der Arbeiterklasse in der Wirtschaft und der dies Verhältnis regelnden Gesetzgebung (freier Arbeitsvertrag, freies Koalitionsrecht). Die N. A. Z. schreibt dann weiter:

„Nun hat aber die Entzweiung des gewerkschaftlichen Lebens allmählich doch eine scharfe Trennung der drei Gruppen dadurch veranlaßt, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich immer weniger mit Kol- und Erwerbsstreiks begnügten, sondern immer scharfer zur wirtschaftlichen Offensive übergingen durch Lurus- und Machtstreiks, die nicht eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen selber, sondern die Geltendmachung formaler Rechte, eine Art von Verrenkungsmanöver seitens der Arbeiter den Unternehmern gegenüber zum Gegenstand hatten. Gerade diese Streiks, die besonders die Anerkennung der sozialdemokratischen Organisationen seitens der Arbeitgeber zum Mittelpunkt hatten, sind in letzter Zeit relativ immer häufiger geworden, die Beiruhigung nicht um materielle, jedem Arbeiter ohne weiteres verständliche Interessen, sondern lediglich zur Befriedigung eines gewissen Machtstrebens hat infolge der Agitation gewerkschaftlicher Geher und Schürer stetig zugenommen, und die weitere Folge ist sodann eine Reaktion in den Arbeiterkreisen selber gegen den unablässigen Druck der Organisationen, vor allem der übermäßig mächtigen sozialdemokratischen Gewerkschaften gewesen, wie sich dies in den jüngsten Verhandlungen der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine wie in der Gründung eines Verbandes vaterländischer Arbeitervereine deutlich ausgesprochen hat. Die Macht der Organisationen vergrößert, wie dies unzählige Beispiele zeigen, den einzelnen Arbeiter. Aber auch diese Stimmungen der einzelnen sich vergewaltigt fühlenden Arbeiter können sich einmal summieren und zu einem neuen Machtfaktor zusammenströmen. Wenn es so ist, wie man oft genug hören kann, daß achtzig Prozent sogar der organisierten Arbeiterkraft bei den Verleihen der freiwilligen Machtstreiks mit gezwungenen Mitteln, so begreift man nicht, weshalb sich diese achtzig Prozent, die doch die überwiegende Mehrheit bilden, diese Tyranneiung auf die Dauer bieten lassen können, und man schöpft die Hoffnung, daß auch hier die Uebertreibung des Bogens einmal zu einem stärkeren Bruch führen muß. Als eine

Bewegung gegen den überhöhten sozialdemokratischen Streitterrorismus und Fanatismus ist also der vaterländischer Arbeitervereine, der zurzeit 37 Vereine mit 7000 Mitgliedern zählt, prächtig zu begrüßen.“

„Lurus- und Machtstreiks“, „Machtstreb“, „gewerkschaftliche Geher und Schürer“, das liegt fast wie eine Scharfmacherprophezie gewöhnlicher Sorte. Wenn wirklich solche Erscheinungen in gewerkschaftlichen Leben auftraten, würden wir sie mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Wir haben keine Ursache, die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Schutz zu nehmen, aber bei der „Wahlverwandtschaft“, die der Artikel zwischen uns und jenen konstatiert, liegt die Gefahr vor, daß wir mit in den Dreck geworfen werden. Es wäre deshalb notwendig, daß für solche jäheren Anfallsbildungen auch gleich die Beweise erbracht würden. Vielleicht hofft die N. A. Z. das noch nach und teilt mit, welche Streiks in den letzten Jahren Lurusstreiks und welche zur Befriedigung des Machtstrebens geführt wurden, damit eine Untersuchung möglich ist, ob auch unsere Leute darunter beteiligt waren. Wir sind durchaus nicht immer mit der Streiklattit der sozialdemokratischen Verbände einverstanden. Ihre Unfähigkeit gegen die Arbeitgeber, ihren Terrorismus gegen anderdenkende Arbeiter hat der Gründung der gelben Gewerkschaften am meisten Vorschub geleistet, zum Schaden der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Aber die Schlußfolgerung der N. A. Z., die in ein „stündiges Begrüßen der „vaterländischen“ Arbeitervereine ausklingt, macht uns in etwa faßig. Wenn sie eingangig eine scharfere Trennung der drei Gewerkschaftsgruppen auf die falsche Streiklattit der Sozialdemokratie zurückführt, so hätte es die vernünftige Logik gefordert, daß die Stärkung der nichtsozialdemokratischen Gewerkschaftsgruppen als wünschenswert bezeichnet wurde, nicht aber die fast- und kraftlosen Gebilde der sogenannten vaterländischen Arbeitervereine. Die auffallend starke Betonung der Wahlverwandtschaft zwischen den drei Gewerkschaftsgruppen in diesem Zusammenhang erscheint uns sehr verdächtig. Sollen etwa die „gelben“ und „vaterländischen“ Arbeitervereine den Rejonanzboden bilden für ein künftiges Zuchthausgezeck? (Zentralblatt.)

Ein „Gegengift“.

Der Artikel in Nr. 29 unseres Organes über die Verhältnisse im Schweizer Eisenwerk, Abteilerung Rumpfen, hat eingeschlagen. Die Direktion genannten Werkes hat sofort ein Gegengiftblatt an die Arbeiter verteilt lassen, um die Aussagen unseres Artikels zu entkräften und die Arbeiter auf andere Gedanken zu bringen. Die Direktion war so freundlich, auch der Redaktion des deutschen Metallarbeiter ein Exemplar des Gegengiftes prompt zu übermitteln mit folgendem Begleitbrief:

Schweizer-Rumpfen, den 24. Juli 1907.
Redaktion des deutschen Metallarbeiters, Duisburg.

In Nr. 29 finden wir unter der Rubrik „Aus dem Verbandsgebiet“ einen Beitrag, welcher sich besonders mit den Verhältnissen auf unserem Bauwerk Rumpfen beschäftigt. Als aufmerksame Leser Ihres Blattes haben wir natürlich sofort unseren zahlreichen treuen Arbeitern ein Gegengift ins Haus geschickt, in dem die liegenden Angelegenheiten. Wir erwarten von Ihrer Gerechtigkeit, daß Sie bald Anlaß nehmen, in Ihrer Zeitung zu erklären, daß Sie über die Verhältnisse auf Rumpfen der Hauptsache nach falsch berichtet seien — um so mehr, da Ihre Verbands-Sitzungen die Pflege eines guten Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitern vorzuschreiben.

Köln, den 24. Juli 1907.
Schweizer-Bau Eisenwerk,
Alliengeellschaft,
Duisburg.

Alle Anerkennung für das Eingeständnis, daß die Direktion ein „aufmerksamer Leser“ unseres Blattes ist. Hoffentlich wird sie es auch in Zukunft bleiben und aus dieser Zeile die anheftigsten Lehren und Schlussfolgerungen ziehen. Das „Gegengift“, welches den Arbeitern jetzt ins Haus geschickt wurde, beweist allerdings, daß die Direktion bis heute noch recht wenig aus unserem Organ gelernt hat. Sonst würde das „Gegengift“ doch etwas anders gemischt worden sein. Gewiß will unser Verband gemäß dem Programm der christlichen Gewerkschaft ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herbeiführen, aber dieses Verhältnis darf

nicht allein für die Unternehmer, sondern auch für den andern Teil, die Arbeiter. Hier werden unsere Ansichten mit den Anschauungen der Direktion von Schwelmer-Pumpen ebenmäßig weit auseinandergesetzt. Vollständig demselben gehen ist deshalb auch die Fiktion, die dem „Gegengift“ vorangestellt ist, wo die Direktion behauptet, der „unfreundliche Charakter der Arbeit“ aus Mangel darüber entstanden, daß die Mehrheit der Belegschaft von Pumpen ihren Direktor mehr Vertrauen entgegen bringe, wie den Leiter des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes. Uns kann es gewiß nur angenehm sein, wir erstreben es sogar, daß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, zwischen Werkleitung und Belegschaft Vertrauen herrscht, weil dieses beiden Teilen nur Vorteile und Annehmlichkeiten bietet wird. Und nicht etwa, um ein solches Vertrauen zu fördern, war der Zweck des Artikels, sondern um durch die Kritik der Mängel deren Abstellung herbeizuführen und so den wahren Boden für das Vertrauen der Belegschaft zur Werkleitung zu schaffen. Denn Herr Direktor Hengstenberg befindet sich in einem, wenn auch erklärlichen, aber desto größeren Irrtum, wenn er glaubt, das Vertrauen der Arbeiter zu besitzen, wenn er vielleicht annimmt, im Betriebe sei alles in Ordnung und die Arbeiter hätten keine Wünsche und Beschwerden und seien wohlzufrieden. Nicht etwa die „Gegner“, wie die organisierten Kollegen in dem „Gegengift“ genannt werden, sondern vielmehr noch die braven ja unorganisierten wissen sich im Kritizieren und Herunterreißen der Vorgesetzten nicht genug zu tun, natürlich hütet deren Mägen — wo's keiner sieht.

Die Direktion von Schwelmer-Pumpen erwartet man von unserer Gerechtigkeitliebe, daß wir erklären sollen, über die dortigen Verhältnisse wären wir der Hauptsache nach falsch berichtet worden. Wir haben das „Gegengift“ mehreremale — nicht demselben wird nur in Abrede gestellt, daß die Waisenanstalt und Morte in schlechtem Zustande seien, und daß die Firma ihr Versprechen, bei eintretender guter Konjunktur den Lohnabzug wieder wett zu machen, nicht gehalten habe. Darüber werden die beteiligten Arbeiter wohl am besten selbst urteilen können, und manche Arbeiter, die das „Gegengift“ verschlucken mußten, werden sich wohl vergeblich gefragt haben, wo sie etwas von der „schrittweisen“ Lohnnachzahlung gemerkt haben. Außerdem wird uns von unserem Gewährsmann mitgeteilt, daß die Angaben unseres ersten Artikels vollauf der Wahrheit entsprechen, in einigen Punkten sogar noch recht zahlreich und zurückhaltend seien. Von welchen Voraussetzungen die Direktion übrigens in der Lohnfrage ausgeht, beweist folgender Satz, den der Herr Direktor im Anschluß an die Behauptung von der schrittweisen Lohnnachzahlung folgen läßt. Er schreibt:

„Die vielen Feste und die vielen Feierschichten — an Montagen — nach Lohnung — usw. beweisen, daß die Löhne trotz Verteuerung der Lebensmittel gut auskömmlich sind.“

Nein, Herr Direktor! Die vielen Feste (!) und das Bummeln beweisen durchaus nichts von den auskömmlichen Löhnen, sondern das Bummeln beweist eben nur den geistigen Tiefstand der betreffenden Leute und ferner, wie notwendig gerade hier die Organisation ist, die diesen sowie allen Auswüchsen innerhalb der Arbeiterschaft entgegenwirkt und fälschliche Arbeiter zu pflichtbewußten und nüchternen Mitgliedern der Gesellschaft erziehen will. Damit stellt der Herr Direktor, der sich des Vertrauens seiner Arbeiter so rühmt, denselben aber andererseits kein gerade ehrendes Zeugnis aus. Das wird noch verstärkt durch folgenden Satz, der sich an einer andern Stelle des Gegengifts findet: „Gehen auch alle Arbeiter Sonntags morgens um 6 Uhr hübsch nach Hause? einzelne sollen bis 8 und länger im Wirtschaft kleben bleiben!“ Vorausgesetzt, daß der Herr Direktor die Wahrheit hier sagt, wird er auch zur Abstellung dieses Uebelstandes im christl. Metallarbeiterverband einen energischen Helfer und Verbündeten finden. Hätte er unser Organ aufmerksam gelesen und etwas daraus gelernt, würde er dieses schon gemerkt haben und dessen Mitglieder nicht immerfort einladen oder besser gesagt ans laden, Pumpen baldigst zu verlassen und nach dem schönen Düsseldorf zu ziehen.“

„Der Schreiber des Beschlusses hat seine Kenntnis gewiß von einem recht dummen Arbeiter. Kluge Leute können ihren Lohn vor der Lohnung auf den Pfennig berechnen und sofort reklamieren, falls einmal ein Irrtum auf dem Rechnungsbureau vorkommen sollte.“

So behauptet der Herr Direktor im „Gegengift“, daß nun die vielen Arbeiter von Pumpen,

die ihren Lohn vorher tatsächlich nicht bekommen können, die Einzahlung des Herrn Direktors als „recht halten lassen“ wollen, mag den „Dummen“ selbst überlassen sein. Der „Klugen Leute“ müssen dann aber auf Pumpen nicht allzuviel sein. Am Schluß des „Gegengifts“ kommt die Forderung, der ganze Zweck deselben in folgenden Worten zum Ausdruck:

„Der christlich-soziale Metallarbeiter-Verband muß sich nicht einbilden, daß er irgend welchen Einfluß auf die Höhe der Löhne in unseren Werken erlangen kann. Maßgebend für den Lohn ist nur die Leistung des Arbeiters, die Lage des Eigenbesitzes und das Wohlwollen und Pflichtgefühl des Arbeitgebers gegenüber seinen Arbeitern.“

Wenn es mit dem „Wohlwollen und Pflichtgefühl“ aller Arbeitgeber wirklich so bestellt wäre, daß auch die Arbeiter zu ihrem Rechte kämen, wär's ja so weit ganz schön und gut. Aber da liegt eben der Hase im Pfeffer! Wie's mit dem „Wohlwollen“ aussieht, wird der Herr Direktor wiederholt in unserem Organ schon gelesen haben und das „Pflichtgefühl“ mancher Unternehmer muß leider allzuoft erst durch schwere wirtschaftliche Kämpfe zum Erwachen gebracht werden. Dazu bedürfen die Arbeiter jedoch der gewerkschaftlichen Organisation, sonst sind sie stets dem „Wohlwollen“ preisgegeben und meistens verlassen. Metallarbeiter von Schwelmer, deshalb aufgewacht, das „Gegengift“ der Werkleitung muß auch alle an eure Pflicht erinnern, wenn es sonst bis heute noch nicht gelungen war, und hinein in die Reihen des christlichen Metallarbeiterverbandes! Dann wird die Firma sich nicht länger mehr einbilden, daß die Arbeiter „nie so seggen“ hätten und gar keinen Einfluß auf die Höhe der Löhne erlangen könnten.

(Eine weitere Aufschrift von beteiligter Seite zu dem „Gegengift“ folgt in der nächsten Nummer. Reb.)

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Kann die Streikunterstützung als steuerpflichtiges Einkommen angerechnet werden?

Diese Frage ist schon viel in Arbeiterkreisen erörtert worden. Kürzlich wurde eine Entscheidung des sächsischen Finanzministeriums in der Presse mitgeteilt, daß Streikunterstützungen nach § 19 Ziffer 3 nicht steuerpflichtig sind, weil der Empfänger auf diese Unterstützung kein einlagbares Recht besitzt. Diese Entscheidung hat natürlich nur Gültigkeit für den Bereich des Königreichs Sachsen. Für die diesbeziigl. Rechtsnormen in anderen Bundesstaaten macht der „Vorwärts“ Nr. 152 folgende Mitteilungen: „Für Preußen stellt § 7 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Mai 1891 fest, daß als steuerpflichtiges Einkommen die Jahreseinkünfte aus Kapitalvermögen, Grundvermögen, Handel und Gewerbe, aus gewinnbringender Beschäftigung, sowie aus Rechten auf periodische Gebungen und Vorteile jeder Art zu gelten haben. In Literatur und Rechtsprechung ist unbestritten, daß nach dieser Vorschrift die nicht aus einer dieser Quellen entspringenden Einkünfte kein steuerbares Einkommen bilden. Da ein Recht auf Streikunterstützung aber nicht besteht, würde für den Herrschaftsbereich des preussischen Einkommensteuergesetzes sonach dasselbe zu gelten haben, was für Sachsen durch die ministerielle Entscheidung anerkannt ist.“

Auch das neue württembergische Einkommensteuergesetz erklärt in dem hier in Betracht kommenden Artikel 6 für steuerpflichtig das Einkommen „aus Dienst- oder Arbeitsverhältnissen — sowie aus Rechten auf wiederkehrende Bezüge und Vorteile irgend welcher Art.“ Ein Einkommen aus dem Arbeitsverhältnis ist die Streikunterstützung zweifellos nicht, da sie nicht aus dem Arbeitsverhältnis entspringt und für ein solches gewährt wird, sondern gerade im Gegenteil mit Rücksicht auf die erfolgte Lösung und das Nichtbestehen eines Arbeitsverhältnisses und für die Dauer des Nichtbestehens bezahlt wird; auch hier könnte die Streikunterstützung somit nur besteuert werden, wenn sie sich als klagbares Recht auf einen wiederkehrenden Bezug darstellt. Da dies im allgemeinen nicht der Fall, bleibt sie auch in Württemberg einkommensteuerfrei. Es darf dies um so mehr angenommen werden, als bei Beratung des Einkommensteuergesetzes in der Abgeordnetenkammer sogar erklärt wurde, selbst die öffentlichen auf Grund des Unterstützungswohnungsgebührgesetzes usw. gewährten Armenunterstützungen, auf die doch ein gesetzlicher Anspruch besteht, gehörten nicht zu jenen steuerpflichtigen Rechten auf wiederkehrende Bezüge.

Ebenso liegt es nach der badischen Gesetzgebung: § 2 des Einkommensteuergesetzes vom 20. Juni 1884 in seiner damaligen geltenden Fassung bezeichnet als steuerbar u. a. das Einkommen aus einem öffentlichen oder privaten Dienstverhältnis . . . aus Kapitalver-

mögen, Renten und anderen derartigen Bezügen. Das die Streikunterstützung nicht als aus einem Dienstverhältnis bezogen angesehen werden kann, ist bereits oben bei Besprechung der württembergischen Gesetzgebung ausgeführt; aber auch unter den Ausbruch „andere derartige Bezüge“ wird man sie nicht wohl bringen können, da hier wohl mehr an rentenähnliche Bezüge, also auf längere Zeit regelmäßig und ohne Rücksicht auf Verhältnisse, wie sie bei der Streikunterstützung vorliegen, fällige Einnahmen gedacht ist.

Am weitgehendsten ist der Begriff des steuerpflichtigen Einkommens in Hessen. Nach Artikel 13 des Einkommensteuergesetzes gehören zum Einkommen alle Einkünfte aus dem Ertrag der das Einkommen erhöhende Vorteile jeder Art. In den letzteren Worten auch die während eines Streiks gezahlten Unterstützungen gerechnet werden, und da nach dem hessischen Gesetz das Bestehen eines Rechtsanspruchs auf derartige Vorteile nicht Voraussetzung ihrer Steuerpflichtigkeit ist, so ist die Möglichkeit, Streikunterstützung in Hessen zur Steuer heranzuziehen, nicht ganz ausgeschlossen!

Unseres Erachtens würde die Besteuerung der Streikunterstützung schon deshalb ein Unrecht sein, weil sie aus Mitteln herkommt, die von den Arbeitern selbst aufgebracht, — in den Gewerkschaftskassen zusammengepart wurden.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine im Jahre 1906.

Fast gleichzeitig mit dem Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften erschien auch eine statistische Uebersicht über den Stand der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine in Nr. 51 ihres Hauptorgans „Der Gewerbeverein.“ Aber welche furchtbar großer Unterschied zwischen diesen beiden Berichten! Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften mit einem reichhaltigen, spezialisierten Zahlenmaterial, sowie ausführlichen Erläuterungen über die statistischen Angaben und über die prinzipielle Wirklichkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Der Hirsch-Dundersche Jahresbericht dagegen — wenn man ihn überhaupt so nennen kann — nur zwei kurze Tabellen, aus denen der Vermögensstand, wie Zahl der Ortsvereine und Mitglieder, die Gesamteinnahmen und größten Ausgabenposten ersichtlich sind. Dazu nicht einmal eine ganze Spalte Erläuterungen, und keine Nebeneinanderstellung mit früheren Jahren. Dieser Vergleich wirkt für die Hirsch-Dundersche Richtung noch niederdrückender, wenn man bedenkt, daß sie schon bald 40 Jahre agitierten und organisierten, während die christliche Gewerkschaftsbewegung erst auf das erste Jahrzehnt zurückblicken kann; die meisten christlichen Verbände, wie auch der christl. Metallarbeiter-Verband aber noch keine 10 Jahre bestehen. Trotzdem spricht der Hirsch-Dundersche Berichtsteller H. D. von einem „ebenso reichen wie interessanten Zahlenmaterial.“ Das ist tatsächlich mehr wie bescheiden! Die Entwicklung der Mitgliedsverhältnisse ergeben nach den Angaben des „Gewerbeverein“ und einer Nebeneinanderstellung mit den Ziffern des Vorjahres folgenden Bild:

Name des Gewerbevereins:	Mitgliedszahl		
	Ende 1905	Ende 1906	+mehr —weniger
Maschinenbau- und Metallarbeiter	49516	48199	-1317
Kaufleute	14614	18623	+4009
Fabrik- und Handarbeiter	19598	17133	-2464
Tischler	8078	6994	-1084
Stuhl-(Textil-)Arbeiter	5365	6299	+934
Schuhmacher und Lederarbeiter	5210	5300	+90
Schneider	3840	4050	+190
Mergelarbeiter	2189	2509	+320
Zigarren- und Tabakarbeiter	1399	1900	+501
Graphische Berufe	2018	1899	-119
Töpfer und Ziegler	1673	1774	+101
Bauhändler	1238	1222	-16
Frauen und Mädchen	1063	792	-271
Büchhändler	441	451	+10
Schiffszimmerer	295	251	-44
Renditeoren	303	298	-5
D. B. der Brauer Berlin	-	445	+445
" " " Hamburg	210	188	-22
" " " Stettin	-	50	+50
" " " Kellner Berlin	60	84	+24
" " " Reepschläger	47	47	-

[117097|118508|+1411] Eine einzige Zunahme von 1411 Mitgliedern! Das ist das Ergebnis des wirtschaftlichen Kampfes Jahres 1906. Was ist das gegen die Zahl 68 350 der christl. Gewerkschaften! Nur die Kaufleute haben einen bemerkenswerten Zuwachs und das sind auch noch gerade die unglücklichen Dienstpflichtigen, die auf dem letzten Verbandstag in Berlin austreten wollten, wenn der Beitrag nicht nach ihrem Willen festgesetzt würde, was dann auch wohl oder übel geschehen mußte. Der Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter

Gelbe Blätter.

Ein spekulativer Kopf hat den Augsburger Gelben ein Organ geschaffen. Die gelbe Kunstblume nennt sich: „Die Wehr“, Organ für nichtorganisierte Arbeiter von Augsburg und Umgebung, soll wöchentlich erscheinen und kostet pro Quartal ganze 20 Pf.; Einzelpreis 5 Pf. Der Bezugspreis ist so gering bemessen, damit auch der ärmste „Gelbe“ sich sein Leibblatt halten könne. Der spekulative Kopf kennt anscheinend das materielle Glend der Augsburger Gelben und sieht sich gezwungen, Rücksicht darauf zu nehmen. Dennoch macht er ein gutes Geschäft. Die erste Probenummer vom 6. Juli ds. J. enthält drei Seiten Text und fünf Seiten Inserate. Abgesehen von den wahrscheinlich nicht unbeträchtlichen Subventionen aus dem vollenbeutel Augsburger Großkapitalisten, macht der spekulative Kopf also schon mit den Inseraten allein sein Geschäftchen. Inhaltlich sieht das gelbe Blättchen sonst mehr als Prinzipien der „Gelben“ und die ermüdenden Angriffe gegen Gewerkschaften. In Dresden erscheint ein Organ für die Gelben, das sich den Namen „Neue freie Presse“ zugelegt hat. Ein dritter gelber Moniteur wird von dem Exgenossen Leblus, früheren Redakteur der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“ (Dortmund) in Berlin herausgegeben und heißt „Der Bund“. — Wie man sieht, lassen es sich die schärfmächterischen, großkapitalistischen Hintermänner der Gelben ein schönes Stück Geld kosten, um die Opfer der Gelbucht mit der richtigen geistigen Kost in der Betäubung zu erhalten.

Streiks und Lohnbewegungen.

Nachklänge zum Maschinenarbeiterstreik im Maingebiet.

In Nr. 26 unseres Organs haben wir die Kündigung der Maschinenarbeiterbewegung resp. die Taktik des „freien“ Metallarbeiterverbandes und dessen Führer etwas näher beleuchtet. Dieser Artikel und ein von uns verbreitetes Flugblatt hatte den Herren Genossen eine Zeitlang die Sprache geraubt. Wohl suchte der mit moralischen Fußstapfen traktierte Donges, seine in den am 7. und 13. Juli stattgefundenen Versammlungen der sozial. Maschinenarbeiter gemachten Ausführungen, worin er dem „großen“ Führer Ehrler die Unfähigkeit, Streiks und Lohnbewegungen zu führen, nachgewiesen hatte, in der sozialdem. Presse so darzustellen, als ob seine Ausführungen falsch ausgelegt und ausgebeutet würden. Doch den Nachreis hierfür blieb er schuldig. Das ist auch gut erklärlich. Haben sich doch die irreführenden Arbeiter verwardert an den Kopf gegriffen, ob der plötzlichen Wendung dieses konfuse Radikalinsti. Einer unserer Arbeiterführer hatte Gelegenheit, in der Offenbach die Unterhaltung einiger am Streik beteiligt gewesenener Genossen mit anzuhören, die sich dahingehend äußerten: „Du, was hältst du von dem Unfall des Donges?“ „Manu, was soll ich davon halten,“ war die Antwort. „Ich glaube, dem ist auf irgend eine Art und Weise das Maul gestopft worden,“ — darauf folgte eine nicht mißzuverstehende Geberde mit der Hand — und — „man, du verstehst mich ja,“ weiter hörte unser Kollege nichts. Wenn so die eigenen Genossen nach beendeteter Bewegung von ihren sogenannten „Führern“ denken, dann ist es kein Wunder, daß diese kopflos werden und den Mut verlieren.

Um die „renitenten“ Mitstreiter zu beschäftigen, wurde ganz vertraulich zu einer Vertrauensmännerversammlung eingeladen. Folgender Einladungsjetel, der trotz der größten Vorsicht in „unserer“ Hände kam, beweist die Verlegenheit der roten Strategen mehr wie deutlich:

„Offenbach a. M., den 6. Juli 1907. — Berliner Kollege! — Am Dienstag, den 9. Juli, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, eine Allgemeine Vertrauensmännerversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Der verfloßene Kampf in der Maschinen-Industrie und was er uns lehrt. 2. Unsere fernere Agitation. 3. Berichtigendes. — Der erste Punkt der Tagesordnung soll den Verbandsfunktionären Gelegenheit geben, sich über den verfloßenen Kampf, dessen Ausgang sozial. Mißstimmung in den Reihen der Kollegen erweckt hat, eingehend anzusprechen. Es darf deswegen wohl mit Sicherheit angenommen werden, daß da bestimmt da bist. Es sollen in dieser Sitzung außer den Vertrauensleuten auch die Arbeiterausführungsglieder vertreten sein. Die Einladungen sind also auch an diese anzugehen. Deine Einladungsjetel kein Zutritt in der Sitzung. Die

ist um 8 Uhr anberaumt, um früh schließen zu können, deswegen ist pünktliches Erscheinen nötig. — Mit kollegialem Gruß — Ab. Grzesinski.“

Doch damit war der „Mut“ der Obergewerkschaft noch nicht erschöpft. In Frankfurt nahmen die roten „Gelben“ in einer Versammlung eine Resolution gegen die Bezirksleitung des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes an. In dieser Resolution wird von einem „arbeiterverräterischem? Treiben“ gesehelt. Das ist allerdings auf vorder Seite zu suchen!

Wie kann sich ein christl. Führer auch nur erlauben, dasselbe Recht zu haben wie die Sozialdemokraten. Wie können die Christlichen es wagen, ohne die gnädige Erlaubnis der „Genossen“ mit den Arbeitgebern zu verhandeln? Was haben diese Christlichen für ein Recht, überhaupt auch dabei zu sein? Das alles schreit in den Augen der „Waschecken“ ein unbegr. Uffisches Verbrechen, das ist „Arbeiterverrat!“ Es und ähnlich denken die Genossenschaftsführer im Maingebiet und haben die Dreistigkeit, solches ihren Leuten in den Versammlungen vorzuschwindeln.

Doch den Mut zu finden und ihren Leuten auch zu jagen, wie sie bei den Fabrikanten winseln, Büchlinge über Büchlinge machen, damit doch ja die Herrn mit den Vertretern des freien Verbandes verhandeln, dazu können die Führer des „großen“ (Harten (?) Metallarbeiters) sich nicht aufheben.

Der veröffentlichte Briefwechsel zwischen der Bezirksleitung des sozial. Verbandes und dem Verband der Industriellen ist ein Schulbeispiel für die Doppeltaktik der sozial. Führer. In den Versammlungen der Arbeiter sind sie mehr wie radikal, möchten die Unternehmer mit Haut und Haar aufstreifen, — im Verkehr mit den Unternehmern aber winseln und betteln sie de- und wehmützig um Gnade und Anerkennung. In dem ersten, eine ganze Druckspalte umfassenden Schreiben des sozial. Bezirksleiters, nach erfolgter Kündigung an den Arbeitgeberverband wird u. a. folgendermaßen gesehelt:

„Der Umfang, den dieser bedauerliche und meiner Überzeugung nach bei einigem Entgegenkommen der Herren Arbeitgeber in Offenbach leicht vermeidbare Kampf dadurch aber gewinnen würde, die schwere Schädigung, die damit nicht nur für beide Teile, sondern in erster Linie für die Industrie verbunden sein würde, nicht zum wenigsten aber die große Verantwortung, die derjenige zu tragen hat, welcher jeden Versuch einer Verständigung über die mögliche friedliche Beilegung der bedauerlichen Differenz unterläßt oder verhindert, veranlassen mich zu dem ergebensten Ersuchen, mit zu einem solchen Veruche eine persönliche Aussprache mit dem verehrlichen Vorstande Ihrer Organisation gestatten zu wollen.“

In diesem de- und wehmützig bittenden Tone geht es weiter. Di. Fabrikanten Lhnten schroff ab, mit dem sozial. Bezirksleiter überhaupt in eine Aussprache einzutreten. Damit war aber der Mannesstolz der sozial. Führer noch immer nicht erweckt, Herr Ehrler antwortete auf die ihm und seiner Organisation verabsolgte moralische Ohrspeige mit folgendem Lamento.

„Mit Bedauern habe ich Kenntnis von Ihrer wertigen Zuschrift vom 16. ds. genommen, laut welcher Sie eine persönliche Aussprache ablehnen. Ich habe die Auffassung, daß manches Mißverständnis und manch schwerer Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in der Metallindustrie vermieden werden könnte, wenn der Verband der Metallindustriellen von Frankfurt a. M. und Umgegend seinen unbedinglichen und auch im Widerspruch mit der Meinung des Gesamtverbandes der Metallindustriellen stehenden Standpunkt der grundsätzlichen Ablehnung jeder Verhandlung der beiderseitigen Organisationsleitungen aufgeben würde.“

Da aus Ihrem Schreiben nicht hervorgeht, daß die Herren Arbeitgeber in Offenbach auch heute noch die Ablehnung von Verhandlungen über die grundsätzlichen Forderungen der Arbeiter ablehnen, auch durch Vermittlung des Herrn Beigeordneten Hopf in Offenbach was mitgeteilt wurde, daß über Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerrhöhung, usw. nunmehr verhandelt werden könnte, werde ich den Vorsitzenden der Arbeiterkommission veranlassen, in dem von Ihnen gewünschten Sinne bei dem Vorsitzenden der Arbeitgeberkommission vorstellig zu werden.

Hochachtungsvoll
Bezirksleitung des Deutschen Metallarb.-Verbandes:
Fritz Ehrler.“

Und dieser Kniefall der Obergewerkschaft war vergeblich, die Unternehmer ließen sich ebenso wenig durch dieses Winseln wie durch das radikale Geschrei ihrer Leute in der Offenbachlichkeit erweichen. Wenn

hat den stärksten Klüftung an Mitgliedern zu verzeichnen, der aber im laufenden Jahre noch größer geworden ist. Er hat 738 Ortsvereine und ein Gesamtvermögen von 484942 Mk. am Jahresfahluß 1906, gegenüber 566495 Mk. zur selben Zeit des Vorjahres. Also auch hier „Rückwärtsgeret“. Man erfährt aus vorliegendem Jahresabschluß, daß die S.-D. Ideen sich überlebt haben. Eine größere Bedeutung werden sie in der deutschen Arbeiterbewegung nicht mehr erlangen können.

Gewerkschaftsbewegung und religiöses Bewußtsein.

Der Hauptverein des evangelischen Bundes der Rheinprovinz hat sich kürzlich mit der Gewerkschaftsfrage befaßt und die neuzeitliche Arbeiterbewegung als Kulturbewegung ersten Ranges bezeichnet. Das ist ja erfreulich, aber gegen eine immer wieder auftauchende irrümliche Anschauung, die auch in dieser Tagung Ausdruck fand, muß jedoch Einspruch erhoben werden. In einem Bericht des „Evangelischen Arbeiterboten“ Nr. 28 (1907) heißt es:

„Es kann natürlich nicht Aufgabe des Bundes sein, Stellung zu den technischen Fragen der Gewerkschaftsbewegung oder zu dem Konkurrenzkampf der einzelnen Richtungen zu nehmen. Das würde seinen Wirkungskreis überschreiten. Es handelte sich vielmehr um die Frage: Kommen durch die Gewerkschaftsbewegung protestantische Interessen in Gefahr? Es muß angegeben werden — und die Klagen gerade der sozial interessierten Pfarrer bestätigen es — daß das einseitige Hervortreten des wirtschaftlichen Interesses in den Gewerkschaftskreisen das religiöse Leben beeinträchtigt und daß mancher Arbeiter dadurch in schwere innere Not gerät; daß ferner durch die mancherlei Verquickung von Parteipolitik und Weltanschauungsfragen mit der Gewerkschaftsbewegung das evangelische Selbstbewußtsein leidet. Ueber beide Erscheinungen wurde gleichermäßen aus dem Saargebiet wie aus den Kreisen des Niederrheines berichtet. Dem gegenüber hat eine Organisation, die ihre Arbeit der Pflege der Deutsch-protestantischen Interessen widmet, die Aufgabe, sich zu bekümmern, was sie zur Abwehr dieser Schäden tun kann.“

Wenn hier die auf materialistischen Boden fußenden Gewerkschaftsrichtungen (sozialdemokratische und Hirsch-Dunckerische) genannt wären, würde man den aufgestellten Behauptungen die Berechtigung nicht ohne weiteres absprechen dürfen. Für die christliche Gewerkschaftsbewegung ist dieser Einwurf jedoch unhaltbar. Und sonderbarer Weise werden oben gerade solche Bezirke (Saargebiet und Niederrhein) genannt, wo die christlichen Gewerkschaften hauptsächlich dominierten. Wäre es vielleicht nicht notwendiger gewesen, über den Niedergang resp. den vollständigen Kalm des religiösen Lebens in Sachsen, Berlin und anderen hauptsächlich protestantischen Bezirken hinzuweisen, wo ganz andere Faktoren als die christlichen Gewerkschaften die Schuld daran tragen, da letztere dort kaum erst in die Erscheinung getreten sind. Mit allgemeinen Redensarten wie den vorstehenden wird weder dem evangelischen Selbstbewußtsein noch den Gewerkschaften ein Dienst erwiesen. Wenn man im evangelischen Lager den eventuellen religiösen Gefahren der wirtschaftlichen Organisation wirkungsvoll vorbeugen will, dann muß man endlich die schwankende Wenn- und Aberstellung in der Gewerkschaftsfrage aufgeben und sich positiv auf den Boden der christlichen Gewerkschaftsbewegung stellen. Jede Halbheit muß sich rächen.

Der Umfang des Eisenbahnwesens.

In den 70 Jahren, daß es überhaupt Eisenbahnen gibt, hat dieses Verkehrsmittel einen unglaublichen Umfang angenommen. Die Eisenbahnen der Erde haben im Jahre 1905 — bis dahin hat das Archiv für Eisenbahnwesen die Zahlen nunmehr wieder zusammengestellt — eine Länge von insgesamt 905 595 Kilometer erreicht. Denkt man sich die Geleise zu einem einzigen Schienenstrang vereint, so genügt er über und über, um eine Rundfahrt um die Erde, von der Erde zum Mond und um den Mond herum wieder zurück zur Erde machen zu können. Europa ist an dieser Rahl mit 351 503 Kilometer beteiligt, während auf Amerika 460 196 Kilometer entfallen. Das größte Schienennetz besitzen die Vereinigte Staaten, das zweitgrößte Deutschland, wobei zu berücksichtigen ist, daß das räumlich viel kleinere Deutschland von einem viel dichteren Netz überdeckt ist. Das Anlagekapital für sämtliche Eisenbahnen der Erde betrug im Jahre 1904 die Kleinigkeit von 178 Milliarden Mark und ist im Jahre 1905 um weitere vier Milliarden vergrößert worden. Die Eisenbahnen sind eine der besten Abnehmer der Eisenindustrie und der Maschinenbauindustrie. Man behauptet, daß die Eisenindustrie und die Maschinenbauindustrie so weitgehend sind,

ein christlicher Gewerkschaftsführer solche Schreiben an die Arbeitgeber richten würde, dann würde dieses mit den Prinzipien unserer Organisation vollständig im Einklang stehen, aber bei den überparteilichen, revolutionären und klassenkämpferischen Sozialisten ist das geradezu horrend und steht auch mit ihrem Verhalten den eigenen Nachläsfern gegenüber im krassen Widerspruch. Diese Zweiseelen-Theorie und Doppel-taktik ist wohl selten so offensichtlich deutlich zu Tage getreten wie bei dieser Bewegung. Ein solches Verhalten muß jedoch die größten Nachteile für die Arbeiter im Gefolge haben. Deshalb gebietet es das Interesse der Metallarbeiterchaft, solche Treibereien öffentlich an den Pranger zu stellen.

Sonst ist man gewohnt, daß die sozialdemokratische Presse und die Führer sofort nach Beendigung von Streiks und Lohnbewegungen einsehen, um glatt zu hoheln, was noch rau und widerhaarig ist. Nach unserer Flugblattverbreitung und Demasierung dieser Leute dauerte es zwei volle Wochen, ehe sie die Sprache wieder fanden. Als die Obergewissen ihre renitenten Mitglieder auch in dieser Zeit nicht zur Reue bringen konnten, da ging die Haß gegen die Christlichen los, um damit die roten Nachläufer abzulenken. Eine ganze Reihe von Festveranstaltungen wurden abgehalten mit der Tagesordnung: „Die Lohnbewegung in Offenbach am Main und die Verleumdungen der Christlichen“. Flugblätter wurden verbreitet, welche die Angriffe der Christlichen zurückweisen sollten. Phrasen und Schlagwörter flogen nur so herum, aber von einer sachlichen Widerlegung unserer Feststellungen in der Presse und im Flugblatt rein gar nichts. Neben anderen Schimpereien kehrte das Wort „christliche Feiglinge“ immer wieder im Munde der Genossen, weil die christlichen Führer es ablehnten, sich den Beschlüssen und dem Fanatismus der Genossen persönlich zur Verfügung zu stellen. So „feige“ wie wir sind, sind aber auch noch andere Leute. Der „große“ Streikführer Ehrler läßt sich nämlich in Offenbach seit Beendigung der Bewegung überhaupt nicht mehr sehen. Da muß schon einer von der Stuttgarter Zentrale kommen, um die Sache glatt zu hoheln. Den „mutigen“ Ehrler wollen die eigenen Genossen nicht mehr hören. Wir glauben noch die Worte zu hören, die diesem am 13. Juni an den Kopf geworfen wurden. „Spießhube“, „Lump“, „Verräter“, „Schuft“, „Bremsler“ usw., die laß ich mir nur einmal an den Kopf werfen. Zu solchen Leuten geh ich nicht mehr hin.“ Er mag Recht haben, wenn er so denkt und danach handelt; dieselben Leute sollten dann aber auch mit ihren „Feiglingen“ ändern gegenüber etwas vorsichtiger sein.

Unsere Kollegen und alle Metallarbeiter können hieraus wieder ersehen, wie die sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandsführer sich benehmen, aufspielen und Niederlage auf Niederlage häufen, wo sie sich im Vollbesitze ihrer „Macht“ fühlen. In Offenbach wollen diese Leute die christlichen Gewerkschaften als Luft betrachten. Ein gemeinsames Verhalten und Taten mit diesen weisen diese „Selden“ in den meisten Fällen didaktisch ab. So oft als sie dieses in der letzten Zeit noch getan, sind die Lohnbewegungen so gut wie gänzlich verloren gegangen. Trotzdem erheben diese Leute noch nach wie vor den Anspruch, die allein berechtigten Vertreter des Arbeiterstandes zu sein. Unsere Kollegen allerorts sollten diese Tatsachen ausnützen. Dann werden noch manche irreführte Metallarbeiter, ähnlich wie hier, dem Kollaps auf lötnernen Füßen den Rücken kehren und sich uns anschließen.

Über auch die Kollegen von Offenbach sollten ganz besonders die geschaffene Situation ausnützen. Es kann noch viel gewonnen werden. Nicht allein an Mitgliedern, sondern auch an mehr Ansehen und Achtung eurer Ueberzeugung in den Betrieben. Das Material, welches sich euch bietet, ist so reichhaltig, unsere gewerkschaftliche Waffenehre so unbesiegt, daß keiner sich des christlichen Metallarbeiterverbandes zu schämen noch zu fürchten braucht.

Darum an! Beteiligt euch reger denn je an Versammlungen und Agitation. Dann kann es nicht mehr lange dauern, bis auch wir in Offenbach unsern Einfluß so gestärkt haben, daß wir ein entscheidendes Wort mitreden in allen Fragen der Arbeits- und Lohnverhältnisse. Und das sowohl in bezug auf den Arbeitgeber, wie gegenüber den übermütigen Genossen.

Magdeburg. Die Klemptnergehilfen streiken. **Dortmund.** Die Klemptnergehilfen streiken im Streik. **Mhlen.** In den Westfälischen Stanz- u. Emaillewerken Differenzen wegen Maßregelung. **Köln.** Ueber die Firma Frick Glesow, Köln-Braunsfeld, Kunst- und Hauschlosserei, ist die Sperre verhängt. **Esselburg.** Die Arbeiter der Esselburger Hütte, Maschinenfabrik und Eisengießerei, sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Hannover-Linden. Die Hauschlosser streiken im Streik.

Lampertheim. Die Arbeiter der Südbayerischen Drahtindustrie Waldbhof streiken in einer Lohnbewegung.

Oberhausen (Rhd.). Ueber das Zinkhüttenwalzwerk Vieille-Montagne ist die Sperre verhängt.

Hamm. Stanz- und Emaillewerke J. H. Kerlmann Differenzen ausgebrochen.

Hamburg. Streik der Schmiede. — Die Schlosser streiken in einer Lohnbewegung.

Friedenthal (Siegenkreis). Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Solingen, Differenzen wegen Maßregelung. Die Firma hat sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt.

Borz (am Rhein). Auf der Abelenhütte sind Differenzen infolge schlechter Behandlung und sonstiger Mißstände ausgebrochen. Sämtliche Former streiken in Abmündigung.

Düsseldorf. Die Klemptnergehilfen streiken in einer Tariffbewegung und sind in den Ausstand getreten. **Zuzug ist fernzuhalten.**

Die Aussperrung bei der Firma Holtzhaus in Dinklage ist beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 4. August der zweiunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 11. August 1907 fällig.

Die Ortsgruppe Graubenz erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 15 Pfennig wöchentlich.

Die Ortsgruppen Schwennungen und Kassel zur Erhebung eines solchen von 10 Pf. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die neuen Verbandsplakate zum Aushängen in Wirtschaften und sonstigen Lokalen wo Arbeiter verkehren, können jetzt von der Zentrale bezogen werden. Diejenigen Ortsgruppen, welche bis jetzt noch keine Plakate bestellt haben, mögen dieselben sofort bestellen, damit der Versandt möglichst einheitlich erfolgen kann. Der Preis des Plakats beträgt 60 Pfg. pro Stück einschließlich Verpackung und Porto. Die Ortsgruppen müssen die Plakate nun als Werbemittel benutzen und für genügendes Aushängen derselben Sorge tragen.

Die Abrechnung vom 2. Quartal muß bis spätestens Anfang August überall erfolgt sein. Diejenigen Ortsgruppen, welche bis jetzt noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, Abrechnung und Geld umgehend einzusenden, anderenfalls die Unterstützungsauszahlung nach jenen Ortsgruppen solange unterbleibt, bis die Abrechnung erfolgt ist. Jede Ortsgruppe sollte es sich zur Ehre anrechnen, stets rechtzeitig abzurechnen.

Die Korrespondenten werden nochmals ersucht, die für das Verbandsorgan bestimmten Notizen auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben. Zu Materialbestellungen benutze man stets nur die dazu ausgegebenen Bestellkarten. Dadurch wird die Erledigung der Bestellungen an der Zentrale bedeutend erleichtert.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird das bisherige Mitglied Hollermeier, auf Antrag der Ortsgruppe Hannover wegen Streikbruch.

Im Namen des Königs!
In der Privatklage des Bezirksleiters Carl Verhölzer in Stuttgart, Privatklägers, gegen den Rechtsanwalt Franz Bieber in Duisburg, Angeklagten, wegen Verleumdung, hat, auf die von dem Privatkläger gegen das Urteil des Königlichen Schöffengerichts zu Stuttgart-Stadt vom 6. April 1907 eingelegte Berufung, die 3. Strafkammer des Königlichen Landgerichts zu Stuttgart in der Sitzung vom 22. Mai 1907, an welcher teilgenommen haben: 1. Landgerichtsrat Dr. Hädel, 2. Landrichter Rammenstein, 3. Amtsrichter Winter, als Richter, 4. pro Tag für Kernmacher 4—4,50 M., für Schmelzer

Gerichtsschreiber Ottinger, als Berichtsschreiber, für Recht erkannt: Das Urteil des Schöffengerichts wird aufgehoben. Der Angeklagte wird wegen zweier Vergehen der Verleumdung, zu der Geldstrafe von zusammen Sechzig Mark, im Falle der Uneinbringlichkeit zu der Gefängnisstrafe von zwölf Tagen, verurteilt und hat die Kosten des Verfahrens beider Instanzen, einschließlich der dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen zu tragen. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten binnen einer Frist von zwei Wochen, von Zustellung einer Urteilsausfertigung ab gerechnet, öffentlich bekannt zu machen, in der Weise, daß der verkündete Teil des Urteils durch einmalige Veröffentlichung in der Zeitung „Der Deutsche Metallarbeiter“, bekannt zu machen ist und zwar in demselben Teile und mit derselben Schrift, wie der Abdruck der Verleumdungen geschehen. gez. Hädel, Kammerstein, Pfizer. Zur Beglaubigung unter Beschleunigung der Rechtskraft des Urteils. Stuttgart, den 11. Juli 1907. (L.S.) Gerichtsschreiber gez. Düninger, Landgerichtsschreiber. Für die Abschrift Rechtsanwalt Schmelzer.

Aus dem Verbandsgebiet.

Nachen. In Nr. 28 der Metallarbeiterzeitung versucht ein nicht genannter Genosse mit einer verräterischen Handlungsweise vorzuwerfen. Er will es nicht verstehen können, daß ich bei „Differenzen“ in der Gießerei Josefschütte unsern Mitgliedern nicht erlaubt hätte, ebenfalls zu streiken. Es muß zunächst hier hervorgehoben werden, daß gar kein Streik existierte und die Verbändler wieder in den Betrieb hineingegangen sind, wie sie hinausgegangen waren. Lassen wir kurz die Tatsachen reden: Am 17. Juni wurden in der Josefschütte zwei holländische Arbeiter eingestellt und daraufhin zogen die Arbeiter ihren Rock an und gingen nach Haus, trotzdem die Firma den Arbeitern erklärt hatte, daß Arbeit genügend vorhanden sei. Von unsern Mitgliedern erhielt ich erst am 18. Juni, nachmittags von dem Vorgang Mitteilung, wodurch es auch erklärlich ist, daß ich der Versammlung nicht beimohnen konnte. Wenn es aber dem Artikelschreiber so sehr darum zu tun war, daß ich mit dabei sei, warum teilte er mir denn nicht mit, daß auf der Josefschütte Differenzen seien? Aber das wollte man eben nicht, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband wollte die Sache allein machen. Die Gelegenheit, mir dieses mitzutellen, war den Beamten Stupp und Jilles sehr leicht, denn am 18. Juni, morgens 8 1/2 Uhr bin ich an denselben vorbeigegangen. Im Frühjahr dieses Jahres waren Differenzen bei der Firma N. Rinon, da haben die Beamten Stupp und Jilles ohne Wissen der Arbeiter mit der Firma verhandelt. Als später die Arbeiter hinzukamen, da war eben nichts zu erreichen. Hier lagen wirklich Differenzen vor und die beiden Beamten Stupp und Jilles drehten der Bewegung den Hals um, ohne die Arbeiter zu fragen. Das war vielleicht eher „Arbeiterverrat“.

Der Schreiber faßelt weiter von großen Erfolgen im Jahre 1906 bei Gelegenheit der allgemeinen Formerbewegung. Schade, daß die Gießereiarbeiter als die zunächstbeteiligten wenig davon gespürt haben. Besonders glaubt der Genosse hervorheben zu müssen, daß durch das feste Zusammenhalten im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in den Gießereien nicht mehr nachgearbeitet wurde. Um dieses einmal festzustellen, empfehle ich den Herren Stupp und Jilles, eine genaue Kontrolle zu üben, dann werden sie finden, daß gerade die Genossen es sind, die auch heute noch und mit Vorliebe Ueberarbeit verrichten. Bei der Firma Lamberg und Fikler wurden die sozialdemokratischen Former auf die Straße gesetzt, darunter ein christlicher. Was hat der freie Metallarbeiterverband dagegen getan? Gar nichts! Waren auch da noch die Gießereien gesperrt, oder sind die von der Firma Lamberg und Fikler ausgesperrten Genossen nicht in andere Betriebe untergebracht worden? Die Unternehmer wissen sehr gut, daß eine Bewegung, wie die vorjährige, nur möglich ist, wenn die gesamten Berufscollegen zusammenhalten.

Wie gut die vorjährige Bewegung und wie allgemein dieselbe in Nachen war, davon einen kleinen Beweis: In drei Gießereien kam es nicht zum Streik, weil man ungehorsam, die dritte bewilligte rasch etwas und dann faßelt man noch von einer allgemeinen Bewegung. Was aber die eingereichten Forderungen angeht, so war der Erfolg mehr wie bescheiden und blieb nur folgendes übrig: Die Akkordpreise sollen so kalkuliert werden, daß ein ausgebildeter Former 45—55 Pfg. verdienen kann. Das als einen großen Erfolg zu stemeln, bringen nur die Beamten des freien Verbandes fertig. Zwischen 45 und 55 Pfg. liegt doch eine Differenz von 20 Pfg. und da sind doch sicher die Arbeiter der Willkür der Arbeitgeber preisgegeben. Als Tagelohn wurde festgestellt: Für Former 4—4,50 M., für Schmelzer

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Beendigung ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Verdohl. Bei der Firma Colsmann u. Comp. streiken die Arbeiter im Streik.

Darmen. Die Klemengangschlosser streiken im Streik resp. in Aussperrung.

Gelsenkirchen. Ueber die Dreherei und Schlosserei der Firma Gynahl und Eisenwerke vorm. Rauscheid & Comp. ist die Sperre verhängt.

Die Klemptnergehilfen streiken in einer Tariffbewegung.

... 8,50 M., für Ruhe 3—3,50 M. und für Hilfsarbeiter 2—2,2. Bestimmungen betreff der Arbeitszeit waren auch in den Forderungen enthalten, um sie den Gießerarbeitern genehmbar zu machen. Das es mit dem großen Erfolg nicht weit her war, erfährt man aus den oben angeführten Zahlen, aber auch daraus, daß der sozialdemokratische Verband es für notwendig befand, die Gießereien zu sperren. Von dieser Sperre war mir nichts bekannt und wäre ein Mitglied des christlichen Verbandes in einer Gießerei in Arbeit getreten, so wäre das nach der Auffassung der Genossen ein Streikverstoß gewesen.

Wenn der freie Verband Betriebe sperrt, so wollen wir offiziell davon benachrichtigt werden. Glauben aber die Beamten vom freien Verbande dieses nicht notwendig zu haben, so müssen sie eben die Konsequenzen tragen, denn wir haben keine Lust, unsere Mitglieder schädigen zu lassen.

Weiter schreibt der Genosse, ich hätte im vorigen Jahre Kenntnis von den Abmachungen nehmen können, welche zwischen dem Arbeitgeberverband und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband getroffen worden seien, obwohl die G.-D. und christlichen noch kein Duzend Mitglieder am Streik beteiligt hätten. Auch dieses ist eine Verbrechen. Was aber die vorjährigen Verhandlungen angeht, so sei hiermit nochmals festgestellt: Als die Verhandlungen eingeleitet waren, wurde vom Arbeitgeberverband verlangt, daß auch die Vertreter der anderen Organisationen zu den endgültigen Beratungen zugezogen werden müßten. Darüber große Entrüstung bei den Genossen und niemals hieß es, geben wir dieses zu. Als der Arbeitgeberverband erklärte, dann seien die Verhandlungen abgebrochen, da wurden die Genossen kleinlaut und frugen an, wenn ich die schriftliche Erklärung abgebe, daß ich mit den Abmachungen einverstanden sei, ob dies genüge. Damit war der Arbeitgeberverband zufrieden, der Vorstehende betonte aber, daß ich wohl kaum diese Erklärung abgeben würde. Dieses würde ich natürlich auch niemals getan haben. Daß die Vertreter des freien Verbandes für sich die Bewegung schon als beendet ansahen, glaube ich sehr gern, was bestätigt ja auch der Schreiber selbst in seinem Artikel. Zum Schluß der gemeinsamen Verhandlungen, wo auch von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes bestätigt wurde, daß die Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes mit den abgemachten Lohnbedingungen einverstanden waren, fragte der Vorstehende des Arbeitgeberverbandes den Vertreter Jilles vom freien Verband, ob er mit dem Tarif einverstanden sei. Obwohl nun Herr Jilles vorher einverstanden war, versuchte er aber in Gegenwart der Vertreter des G.-D. Gewerkschafts Prämm und des christlichen Vertreters Wolff, sich um den Duzen zu drücken und erklärte, er sei nicht kompetent, endgültig abzuschließen. Er mußte sich daher von dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes fügen lassen: „Herr Jilles, dann bedanere ich Sie als Vertreter des Verbandes, wenn Sie jetzt nicht kompetent sind, etwas mitzubeschließen, womit Sie und Ihre Freunde doch früher einverstanden waren.“ Herr Jilles befaß also nicht den nötigen Mut, in Gegenwart der anderen Organisationsvertreter sich mit den getroffenen Vereinbarungen einverstanden zu erklären, es sind ihm jedenfalls Bedenken ob des „großen Erfolges“ gekommen. So wurde der großen allgemeinen Formerbewegung der Hals umgedreht, nachher wagt man aber den Formern „große Erfolge“ vorzuschwindeln.

Die Formern Aachens werden selbst schon eingesehen haben, wo ihre Interessen am besten vertreten werden, jedenfalls nicht in einer Organisation, wo man sich am Montag den Kopf anlehrt und Donnerstag morgen unverrückter Sache wieder da- und wehmütig arbeiten geht. Solche Redepunkte machen wir nicht mit, gleichviel ob sich die Herren Genossen über uns enträsten oder nicht.

Barmen. In der letzten Mitgliederversammlung wurde nach einem Bericht des Kollegen Geiger, über die Konferenz der Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine und evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften betont, daß es Pflicht eines jeden christl. Arbeiters sei, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, andererseits müßte man auch von den Gewerkschaftsmitgliedern fordern, daß sie Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine würden, um so besonders den neugegründeten reichstreuen gelben Gewerkschaften das Wasser abzugraben, denn dieselben wären nur als Schutzhülle des Unternehmertums und als Werkzeuge des Streikverbandes gegen die Sozialdemokratie gegründet.

Ueber die Bewegung der Riemengangschlosser konnte der Vorsitzende mitteilen, daß die Arbeitgeber sich auf keine Verhandlungen einlassen, trotzdem die Arbeiter kein Mittel ausfinden konnten, um eine Einigung zu erzielen. Sogar sei die Bewegung noch nicht verloren, da trotz der großen Streikbrecherannoncen in den verschiedenen Zeitungen sich nur sehr wenige Arbeiter

willig eingeschrieben haben. Um den streikenden Kollegen eine höhere Unterstützung zu teil werden zu lassen, wurde beschlossen, wöchentlich 75 resp. 40 Pf. Extrabeitrag zu erheben. Die Verammlung wurde nach Erledigung der Tagesordnung mit dem christlichen Grube geschlossen.

(Anmerk. der Red.) Den Beschluß zur Zahlung eines Extrabeitrages hätten die Kollegen in Barmen gleich bei Beginn des Kampfes herbeiführen müssen, denn der Kluge baut vor. Dann wären sie in der Lage gewesen, den Streikenden, wo es notwendig ist, eine höhere Unterstützung zu gewähren, ohne die Zentrale mit diesbezüglichen Anträgen zu bestürmen. Die Zentrale des Verbandes kann grundsätzlich nur die im Statut festgesetzten Unterstützungen gewähren. Auch die gegnerischen Verbände erhalten von ihrer Zentrale nur die statutenmäßigen Unterstützungssätze, wo höhere Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen gewährt werden, geschieht es auch dort nur aus lokalen Mitteln. Mögen sich deshalb unsere Kollegen überall ein Beispiel daran nehmen und durch rechtzeitige Opferfreudigkeit zur Zahlung von Extrabeiträgen sich einen genügenden Lokalfonds ansammeln. Das muß aber in Zeiten des Friedens geschehen und nicht, wenn ein Streik schon wochenlang gewährt hat. Das mögen sich unsere Kollegen auch in anderen Orten merken und nicht die Taschen zuckeln, wenn es heißt einen Extrabeitrag von 10 oder 20 Pf. pro Woche zu bezahlen. „Mann mit angeknöpften Taschen tut niemand was zuleb: Hand wird nur mit Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, so gib!“ Dieses Dichterwort gilt auch für das gewerkschaftliche Leben.

Nebrigens sind alle Ortsgruppen laut Streikreglement verpflichtet, vom Tage des Streikbeschlusses an einen Extrabeitrag zu erheben. Absatz 4 des Streikreglements lautet:

- Die Mitglieder des betreffenden Ortes haben vom Tage des Beschlusses an eine Extrsteuer zu zahlen und zwar bei einem Verdienst bis zu
- M. 3.50 M. 0.50 bis zu
- " 4.50 " 1.00 und über
- " 4.50 " 1.50 pro Woche

Mitglieder des betreffenden Ortes, die vom Ausfluß nicht betroffen werden, haben auch während der Dauer des Ausstandes die Extrsteuer zu zahlen. Der Zentralvorstand resp. die Zentrale ist befugt, Ausnahmen zu gestatten.

Berlin. Eine bedeutsame Resolution, welche von allen Verbandsmitgliedern Beachtung verdient, wurde in der Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin am 13. Juli angenommen. Der Referent, Kollege Berner, dem es oblag, die Opferfreudigkeit der Mitglieder zwecks Leistung eines Kartellbeitrages zu wecken, erweiterte sein Referat insofern, als er die gesamte Finanzlage des Verbandes, soweit sie einen Schluß nach dem Ergebnis der Berliner Verwaltung zuließ, behandelte. Im weiteren gab er eine Uebersicht über die neueste Statistik des soz. Metallarbeiterverbandes nach der Münchener Generalversammlung, die darauf hinansieht, die Streiks vorläufig zu unterdrücken und sich finanziell zu stärken, indem der Verbandstag eine weitere Beitragserhöhung mit großer Majorität beschlossen hat. Welchen Plan der soziald. Verband für die Zukunft verfolge, könne nicht mit Sicherheit festgestellt werden, nur das eine müsse sämtlichen Verbandsmitgliedern klar sein, mit bitterem Haß würde die christliche Bewegung seitens der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung des Grab zu schaufeln.

Die Stellung des christlichen Metallarbeiterverbandes gegenüber dem Konkurrenzverband sei da nicht gerade leicht. Von besonderer Wichtigkeit sei die geographische Stellung der Gewerkschaftssoldaten dieser beiden feindlichen Heere und die sich daraus ergebenden Konsequenzen. In Nord-, Mittel- und Süddeutschland habe der Gegner das Schwergewicht seiner Mitgliedertruppen. In Westdeutschland, am Herzen der deutschen Eisenindustrie, seien nach verhältnismäßig wenig Arbeiter organisiert und habe der christliche Metallarbeiterverband dort die Mehrzahl seiner Mitglieder. Die Entscheidungsschlacht, um die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse mit dem Unternehmertum, würde zweifellos im Westen Deutschlands früher oder später fallen. Von entscheidender Bedeutung sei der eventuelle Ausfall dieses Zukunftskampfes auch für die spätere Zukunft der christlichen Gewerkschaften. Für diesen großen Entscheidungskampf heiße es jetzt schon durch Schaffung einer starken Kriegskasse vorzubereiten. Die Anforderungen, welche an die christlich organisierte Arbeiterkraft gestellt würden, seien zwar groß, aber die unermesslichen Opfer müssen gebracht werden. Mit Samern und Steinen erlösten wir nichts. Im Gegenteil, die Gegner werden mit Hohn und Spott erbarungslos über uns hinweg gehen und sich freuen, wenn wir ihnen den Kampf leicht machten. Eine Kriegskasse, so heißt es, ist für jedes einzelne Verbandsmitglied eine

respektable Summe anzuheben, ist neben einer entsprechenden Mitgliederzahl das einzige Mittel, um die Unternehmer ohne Streiks zum erfolgreichen Verhandeln für die Arbeiter zu nötigen. Solange die Gewerkschaften zwar über große Mitgliederzahlen, aber über einen kleinen Vermögensbestand verfügten, wie dies heute beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband der Fall sei, respektierten die Unternehmer die Gewerkschaften nicht. Der Buchdrucker-Verband müsse uns in Rassenbestand und Beiträgen als Vorbild dienen. Die Buchdruckereibesitzer respektierten die Millionen in der Buchdruckerklasse bereit, daß sie sich ohne Streiks zu Zugeständnissen an die Gehälften bequemen. Eine solche Position zu erreichen, müsse auch das Ziel der Metallarbeiter sein. Um nun das Ziel — eine starke Kriegskasse — zu erreichen, neben den unumgänglichen Ausgaben der Gegenwart noch ein Kapital anzusammeln, sei die Frage zu erwägen, ob es nicht im Verbands- und Mitgliederinteresse liege, die Beiträge generell entsprechend zu regulieren. Er empfahl dann eine Resolution folgenden Wortlauts:

„In der Erwägung der Tatsache, daß durch die Neuregelung der statutarischen Unterstützungsleistungen unsere Verbandskasse in Zeiten einer guten Geschäftslage schon stark, in Zeiten einer schweren Wirtschaftslage noch stärker belastet wird, in der ferneren Erwägung, daß durch die Klassenkampftheorie und Taktik der Sozialisten, die Unternehmervverbände gewaltige Summen verschlingende Aussperrungen aus kleinlichen Ursachen inszenieren, von der Erkenntnis geleitet, daß die christlichen Gewerkschaften nur dann ihr Gewerkschaftsideal erreichen und festhalten können, wenn es ihnen gelingt, noch über die ihnen erwachsenden unumgänglichen Ausgaben der Gegenwart hinaus, einen den Unternehmern importierenden Kriegsfonds anzusammeln, erklären sich die Mitglieder der Berliner Ortsverwaltung bereit, nötigenfalls einen weiteren Beitragszuschlag (Gesamtbeitrag 80 Pfennig) wöchentlich zu leisten. Die Mitgliedschaft Berlin ersucht den Zentralvorstand, sich zwecks Regulierung dieser Angelegenheit mit den Kollegen im Reich in Verbindung zu setzen und entsprechende Schritte zu unternehmen.“

In der anschließenden Diskussion sprach sich nur ein Kollege gegen eine Beitragserhöhung aus, alle Anderen waren dafür. Kollege Bodisch beantragte sogar zwecks Ansammlung eines Lokalfonds, Betreibung der Agitation und Vergütung für Vertrauensmänner, einen Wochenbeitrag von 80 Pf. einzuführen. Obwohl die ganze Versammlung für den Antrag Bodisch war, wurde auf Antrag des Kollegen Cronheid die definitive Beschlussfassung bis zur nächsten Versammlung vertagt. Zu dieser Versammlung wird extra dieses Thema als Tagesordnung behandelt und die Kollegen dazu besonders eingeladen. Die oben wiedergegebene, vom Referenten Kollege Berner vorgeschlagene Resolution, fand einstimmige Annahme. Die Berliner Kollegen, welche seit einem Jahr schon den 60 Pf. Beitrag erheben, bekräftigen durch die Annahme der Resolution und mehr noch durch die eventuelle Zustimmung des Antrag Bodisch, der einen 80 Pf. Wochenbeitrag will, daß sie die gewerkschaftliche Situation der Gegenwart und die Aufgaben der Zukunft erfasst haben.

Wesholt. Da der frühere Vorstehende sein Amt niedergelegt hatte, so sah sich unsere Ortsgruppe veranlaßt, zu diesem Zweck eine außerordentliche Mitgliederversammlung abzuhalten, welche einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Hoffentlich wird das auch in Zukunft so sein. Aus der Wahl ging Kollege Wilhelm Hoffmann fast einstimmig hervor, der dann auch die Wahl annahm und versprach seinen Posten nach bestem Wissen und Gewissen auszufüllen. Als Stellvertreter wurde Kollege Kortzenborn gewählt. Da ein neuer Vertrauensmann nötig geworden war, so meldete sich Kollege Müller freiwillig. (Bravo! So sollte es überall sein! Red.) Dann erstattete Kollege Wübbels Bericht von der evangelischen Arbeiterkonferenz in Essen. Im Anschluß hieran gab der Vorstehende bekannt, daß noch 2 Sammellisten aus dem Streik der Schreiner und Bauhandwerker abzuliefern seien. Auch wurde bekannt gemacht, daß am 2. Sonntag im August ein Gewerkschaftsfest stattfinden soll. Außerdem wurde noch angeordnet, eine Fabrikversammlung abzuhalten, die weiteren Schritte hierzu wurden dem Vorstehenden überlassen. Nach Aufnahme von 6 neuen Mitgliedern wurde die Versammlung geschlossen. Nun liegt es an den Kollegen selbst, daß sie die Anregungen, die dort gegeben wurden, auch benutzen und fleißig agittieren, bis der letzte Mann für unsere Sache gewonnen ist. Worte sind genug gewechselt, laßt nun die Laien sehen.

Essen. Im großen Saale des Kriegerheim tagte am 14. Juli eine überaus stark besuchte Versammlung, die vom hiesigen christlichen Gewerkschaftskartell einberufen worden war. In derselben sprach Zentralvorsitzender Wieber vom christlichen Metallarbeiterverband über die „gelben“ Gewerkschaften und Generalstreiks

Stegerwald über die Ursachen und Wirkungen der großen wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. Beide Referenten behandelten in erschöpfender Weise unter der lebhaftesten Zustimmung der Anwesenden ihre Thematika. Der Leiter der Versammlung, Arbeitersekretär Klost, teilte am Schlusse der Versammlung mit, daß über die „gelben“ Gewerkschaften demnächst eine Broschüre erscheine. Nachstehende Resolution fand einstimmige Aufnahme:

„Die hiesigen zahlreich besuchte Versammlung des Bezirksrats der christlichen Gewerkschaften in Essen, das 15 000 Mitglieder umfaßt, erklärte sich mit den Ausführungen der beiden Referenten über die „gelben“ Gewerkschaften und die großen Kämpfe der letzten Zeit voll und ganz einverstanden. Die sogenannten „vaterländische Arbeitervereine“, die als gelbe Gewerkschaften zu bewerten sind, hindern die deutsche Arbeiterschaft in ihrem geistigen und materiellem Vorwärtstreben. Sie sind dadurch nicht bloß für die Arbeiterschaft schädlich und daher verwerflich, sondern bedeuten auch eine nationale Gefahr, indem sie mit kraft- und lastlosen Vereinigungen die geistige Aufwärtsbewegung und die Stoßkraft der nicht sozialdemokratischen Arbeiterwelt beeinträchtigt und dadurch die sozialdemokratische Bewegung indirekt begünstigt. Die großen Kämpfe der letzten Jahre lassen erkennen, daß die deutsche Arbeiterschaft mit allem Nachdruck sich das Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen nicht mehr vorenthalten läßt. Die neuzeitliche Wirtschaftsentwicklung, die in manchen Industrien den Großbetrieb besonders begünstigt, hat viele Betriebe gezeitigt, die nach Tausenden zählende Arbeiter beschäftigen. Diese Entwicklung verlangt gebieterisch die Erzeugung des individuellen Arbeitsvertrages durch den korporativen. Um den diesen Bestrebungen entgegenstehenden Hindernissen wirksam begegnen zu können, wird die nicht sozialdemokratische Arbeiterschaft aufgefordert, ihre ganze Kraft zur Stärkung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung aufzubieten.“

Silbesheim. Der aufklärende Artikel unseres Verbandsorgans in Nummer 22 über die Handlungsweise der sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandsführer, bezüglich Lieferung von Streikarbeit, erzeugte bei denselben einen derartigen Schmachartikel auf unsern Verband und meine Person, daß ich genötigt wurde, eine Berichtigung einiger unwahren Behauptungen von der Redaktion der „Metallarbeiterzeitung“ zu fordern. Wie derselben nachgekommen wird, ist ja allen Kollegen, welche in ähnlicher Lage sich schon befunden haben, hinlänglich bekannt. Deshalb mußte auch in einer weiteren Berichtigung von der soz. Metallarbeiterzeitung nochmals gefordert werden, eine Nichtignierung der Unwahrheiten zu bringen. Diefelbe lautete folgendermaßen:

1. Es ist eine Verleumdung, wenn wiederum behauptet wird, ich hätte nicht 58 Pfg. sondern 86 Pfg. pro Stunde verrechnet. Wahr ist, daß ich niemals mehr als 58 Pfg. pro Stunde verdient habe.
2. Es ist unwahr, wenn behauptet wird, die Kühlschlängen gehörten vorher nicht zum Afford und eine Arbeitszeit von 13—15 Stunden ausmachten. Wahr ist, daß dieselben von Anfang an zum Afford gehört haben und höchstens 3—4 Stunden Arbeitszeit ausmachten. Es haben keine Affordreduktionen stattgefunden und ist auch keine Stunde Arbeitszeit hinzugekommen.
An dieselbe hängt nun die Redaktion einen sogenannten „Abfchwächungsakt“, daß man auch etwas Unmögliches berichtigen könnte, und als wirkungsvollen Schluß die bekannte Phrase: „Der Zweck heiligt ja das Mittel“. Hiermit will der Redakteur jedenfalls kund tun, daß es nach Kautsky erlaubt ist, dem Gegner die Unwahrheit zu sagen und die Wahrheit vorzuenthalten, anders ist dieser Satz nicht zu verstehen. Diese Grundsätze scheinen ihm aber in Fleisch und Blut übergegangen zu sein, demgemäß kann er es auch diesmal nicht unterlassen, „dran“ zu hängen. Lassen wir ihm seinen Willen! Besser würde es jedenfalls gewesen sein, einmal eine ordentliche Untersuchung vorzunehmen, über den eigentlichen Tatbestand jener traurigen Vorkommnisse in Silbesheim. Durch die persönlichen Angriffe, welche meinem Artikel folgten, ohne dessen Inhalt zu untersuchen, wurde ich leider gezwungen, den Lokalbeamten Jänisch an einige „Selbstmatten“ zu erinnern, welche ihm jetzt den Satz entlocken: „Würden wir wie unsere Gegner handeln und zum Rabi laufen, so würde Leupke unter allen Umständen wegen Beleidigung bestraft werden“. Nun für uns gilt der Satz: „Was man machen will, man mag tun, was man für notwendig und richtig hält. Tatsachen enthalten noch lange keine Beleidigungen, besonders dann nicht, wenn man sie zur Abwehr irgend einer Lüge gebrauchen muß. Hierdurch ist nun der Tatbestand, warum es sich eigentlich handelt, beigegeben, ich sehe mich daher nochmals veranlaßt, folgende Punkte festzustellen:
1. Die erste Streikarbeit wurde in der Zeit vom 29. April bis 1. Mai hergestellt. Beim Abgang der

selben wurde dies auch von einigen im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen wahrheitsgemäß dem Lokalbeamten Jänisch mitgeteilt. — 2. Unser Artikel wurde erst am 19. Mai unserem Verbandsorgan eingesandt und in der Nr. vom 1. Juni veröffentlicht. — 3. Erst acht Tage nach dem Erscheinen unseres Artikels fand man es für angebracht, in einer Besprechung der Formier mit den Lokalbeamten eine Stellung gegen die Streikarbeit einzunehmen. — 4. Es wurde dort beschlossen, daß ein Formier, Kirch mit Namen, am Montag morgen beim Meister vorstellig werden sollte. — Am 23. bis 25. Mai waren aber schon die ersten Modelle wieder abgehandelt, also schon vor der angegebenen Zusammenkunft der Formier. — 6. Am 10. Juni ist alsdann die letzte Streikarbeit von den Formiern hergestellt. — 7. Nach Angabe eines im sozialdemokratischen Verbands organisierten Kollegen ist es überhaupt sehr unwahrscheinlich, daß irgend eine Kommission vorstellig geworden ist.
Man begründet diese Wahrnehmung damit, daß der Formier Kirch die denkbar ungeeignetste Person hierfür war, weil gerade er es war, welcher bei dem angeführten Streik, der große Verbesserungen gebracht haben soll, es für richtig fand, seinem Verbands den Rücken zu kehren und weiter arbeitete. Nachher wurde derselbe dann in Gnaden wieder aufgenommen. Es wurde also volle 6 Wochen, vom 29. April bis 8. Juni, Streikarbeit geliefert.

Dies stellen wir nochmals ausdrücklich fest und es mag sich nun die Verbandsleitung sowohl wie die Kollegen ein Bild machen, in welcher Weise dort die Interessen der gesamten Arbeiterschaft vertreten wurden. In einem weiteren Artikel antwortet der Lokalbeamte Jänisch auf meinen Abwehrartikel (siehe Nr. 29 vom 29. Juni). Es fällt ihm aber nun keineswegs ein, seine Unwahrheiten zurückzunehmen, sondern es wird weiter gelogen. Behauptet wird, in einer Werkstättenversammlung hätte ich mich davon überzeugt, daß es von unserer Seite Kollegen gewesen wären, welche ihre Hand zu der Protokollmachung eines Mitarbeiters gereicht hätten. Genau das Gegenteil ist wahr! Es wurde dort festgestellt, daß dieser Kollege Unwahrheiten behauptet hatte und überhaupt ein Mensch ist, dessen Aussagen recht vorrätig angenommen werden müssen.

Wer schon 3—4 mal Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes gewesen ist, wie Jänisch selbst zugegeben hat, nachdem derselbe bei uns Mitglied war, der kann sich schon ein Bild machen, wie es mit der Charakterstärke derartiger Elemente bestellt sein muß. Sie fühlen sich dort am besten, wo sie einen Vorteil erblicken. Jedenfalls paßt derselbe in die Umgebung eines Jänisch, wo gewöhnlich immer etwas viel behauptet wird, nachher weiß man dann nicht ein und aus und kann nichts beweisen.
An unseren Kollegen wird es nun liegen, den von uns festgestellten Tatsachen die weiteste Verbreitung zu geben, immer noch mehr aufklärende Arbeit zu leisten, damit die Zahl derjenigen Kollegen, welchen aus diesem Anlaß die Augen geöffnet wurde, doppelt so groß wird, als wie sie jetzt schon ist. Verbreitet daher noch mehr wie bis jetzt geschehen ist, unser Verbandsorgan, damit die achtunggebietende Stellung unseres Verbandsorgans auch dort immer mehr gefestigt werde.

Jos. Reupke, Essen.
Aus Lothringen. Die lothringischen Metall- und Hütten-Industriellen machen recht gute Geschäfte. 25 pSt. Dividende (gegen 23 im Vorjahr) verteilt das Hochofen- und Stahlwert Räumlingen, das mit dem Eisenwerk Krämer in St. Ingbert fusioniert (verschmolzen) ist. — Der Hüttenverein Rumex-Friede gebent nach reichlichen Abschreibungen 12 pSt. (im Vorjahre 8 pSt.) verteilen zu können. — Die Luxemburger Bergwerks- und Saarbrücker Eisenhütten-Aktien-Gesellschaft (Burbacher Hütte), die ihre Werksanlagen bedeutend vergrößert, gebent nach außerordentlich hohen Abschreibungen wieder 45 pSt. Dividende verteilen zu können.

Die Firma des Wendel soll nach unkontrollierbaren Gerüchten im Vorjahre 38 Millionen Mark Reingewinn erzielt haben, was bei einem Effektivbestand von 80 Millionen Mark ebenfalls an 50 pSt. Dividende machte. Letztere Gesellschaft ist eine Kommanditgesellschaft, deren Bilanz nicht veröffentlicht wird. Obige Schätzungen mögen jedoch noch eher zu niedrig, als zu hoch sein.
Die Metall- und Hüttenarbeiter Lothringens haben von diesen Riesengewinnen bisher recht wenig mitbekommen. Deshalb? Weil sie nicht zusammengeschlossen, sich nicht organisiert haben. Öffentlich werden die Kollegen in diesem Bezirk auch endlich zur Bestimmung kommen und sich zahlreich ihrer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen.

Stolberg. Wenn wir schon längere Zeit das Organ nicht mehr in Kupfer genommen haben, so soll damit nicht gesagt sein, daß in Stolberg die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so rosig sind, daß eine Kritik nicht

gerechtfertigt ist. Im Gegenteil, gibt es doch hier noch Betriebe, welche der öffentlichen Beleuchtung sehr dringend bedürfen. Für heute wollen wir mal die Metallwarenfabrik von Bier, Bach & Co. etwas unter die Lupe nehmen. In letzter Zeit haben mehrere Vorgesetzte, die, nebenbei bemerkt, früher selbst Arbeiter waren, ihr soziales Verständnis dadurch gezeigt, daß sie, jedenfalls den Feuerungsverhältnissen Rechnung tragend, Lohnabzüge machen. Die Maschinensteller z. B. müssen bei genannter Firma zu zweiten 56 Maschinen bedienen, wohingegen bei anderen Firmen nur 40 Maschinen zu bedienen sind. Eine Erhöhung der Löhne ist aber trotz dieser Mehrleistung nicht zu verzeichnen. Die Hilfsarbeiter im Alter von 17—18 Jahren verdienen bisher 1.50—1.80 Mk. pro Tag, welches der Firma ebenfalls zu hoch war. Dieselben wurden auch mit einer Kürzung der Akkordlöhne bedacht. Am schlimmsten aber geht es den Arbeiterinnen, welche immer fort von den Meistern getrieben werden mit der Motivierung, es wären eilige Bestellungen und sie sähen gerne, wenn die Arbeiterinnen recht viel Geld verdienten. Es wird dann von Seiten der Arbeiterinnen gehörig drauf losgehöhlt und am Lohnungstage wurden sie einmal, statt mit einem anständigen Verdienste, mit einer 25prozentigen Lohnreduzierung bedacht. Bei einer Arbeiterin ging man sogar soweit, daß man ihr am Lohnstage erklärte, der Akkordlohn auf ihre Arbeit wäre um 50 Prozent reduziert. Hoffentlich wird die betreffende Arbeiterin den richtigen Weg finden, um zu ihrem widerrechtlich vorenthaltenen Lohne zu kommen. Die vorbezeichneten Verhältnisse sind nur beispielhaft möglich, weil die Arbeiterschaft der Organisation noch fern steht. Sie ist selbst Schuld an diesen Auswüchsen, denn nur durch die Geschlossenheit in der Organisation können solche Mißstände beseitigt werden. Wir wollen hoffen, daß die Kollegen und Kolleginnen der Firma Bier, Bach & Co. dem Beispiel der organisierten Arbeiter folgen und alle eintreten in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband, denn Einigkeit macht stark.

Thale a. S. Auch die hiesigen Kollegen haben es eingesehen, daß die Erhebung eines Lokalbeitrages eine Notwendigkeit ist. Nachdem schon die letzte Versammlung sich mit der Einführung eines Lokalbeitrages beschäftigt, in welcher unser Bezirksleiter Kollege Winter referierte, wurde die Beschlussfassung auf die am 30. Juni tagende Generalversammlung festgesetzt. Der Vorsitzende Kollege Zugowski, der Eingang der Kollegen klarlegte, daß wir „Männer“ in der Gewerkschaft gebrauchen, die wissen was sie wollen, führte noch einmal die Gründe an, warum es auch hier zweckmäßig und notwendig sei, einen Lokalbeitrag einzuführen. In der Diskussion, an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligten, erklärten sich alle zustimmend im Sinne des Vorsitzenden. Leider konnten wir den berechtigten Wunsch der Zentralleitung und den Beschluß der letzten Bezirkskonferenz, gleich ganze Arbeit zu machen und einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. wöchentlich einzuführen, nicht nachkommen, da hier beträchtliche Hindernisse im Wege stehen. Folgender Antrag wurde fast einstimmig angenommen: „Die am 30. Juni tagende Generalversammlung beschließt die Erhebung eines Lokalbeitrages von 5 Pfg. wöchentlich, vom 1. August 1907 ab.“ Das weitere wurde dem Vorstand überlassen.

Weiter machte der Vorsitzende bekannt, daß in Hhen (Weisalen) im dortigen Stanz- und Emaillewerk Differenzen wegen Maßregelung bestehen und der Bezug fernzuhalten ist. Nachdem noch mitgeteilt, daß ein Antrag unserer Ortsgruppe auf Erhöhung des ortsüblichen Tageslohnes an zuständiger Stelle in nächster Zeit eingereicht wird und nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten, besonders des Sommerfestes, das am 4. August stattfindet, fand Schluß der Versammlung statt.

Kollegen! Wir haben durch unsere Organisation schon vieles erreicht und wir werden noch mehr erreichen, wenn ein jeder von uns es als seine Ehrenpflicht betrachtet, den gefassten Beschluß über den Lokalbeitrag einmütig durchzuführen. Nur dann können wir uns als rechte Mitglieder unserer Organisation betrachten, wenn wir gerne und willig die uns auferlegten Pflichten erfüllen und auch bereit sind, jedes Opfer im Interesse der Gesamtheit zu bringen. Wer ernten will, muß auch säen. Denn mit vereinter Kraft man nur Großes schafft.
Nunmehr muß ein jeder Kollege unermüdetlich in der Kleinagitation mitarbeiten, damit die Zahl unserer Mitglieder sich stetig vermehrt.

(Anm. d. Red. Die Kollegen von Thale haben nicht Flug gehandelt, daß sie nicht gleich ganze Arbeit gemacht und 10 Pfg. Lokalbeitrag beschlossen haben. Was sollen denn da für „beträchtliche Hindernisse“ im Wege gestanden haben? Das werden eben keine anderen Hindernisse sein, wie sie überall bestehen. Man nimmt in kleinlicher Kurzsichtigkeit Rücksicht auf diejenigen Drückelberger, die ebenso gut gegen eine Erhöhung von 5 Pfg., wie auch von 10 Pfg. sein werden. Bei 10 Pfg. wird ganz genau

strenge Opposition zu überwinden sein, wie auch bei 3 Pfg. und es werden bei ganzer Arbeit nicht mehr saule Aeste vom Stamm abfallen, wie auch bei der halben. Das ist in unserem Organ auch schon wiederholt betont worden und deshalb um so bedauerlicher, daß es trotzdem von manchen Ortsgruppen noch immer nicht beherzigt wird.)

Porz b. Kdn. (Adelshütte). In der Sieberei der Gewerkschaft Adelshütte haben die organisierten Former die Kündigung eingereicht. Fortgesetzt hatten die Kollegen Klage zu führen über die schroffe Behandlung seitens des Meisters. In einem Dore, der einem preussischen Unteroffizier wie „Ehre“ machen würde, werden die Kollegen behandelt. Auf hinterlistige Denunziation hin wurden bereits 2 Kollegen trotz der vereinbarten 14tägigen Kündigungsfrist sofort entlassen. Eine Kommission der Arbeiter wollte dieser fortgesetzten rigorosen Behandlung und des überaus mangelhaften Materials wegen beim Direktor des Werkes vorstellig werden. Die Kommission wurde abgewiesen mit dem Argument, jeder einzelne Arbeiter sollte kommen. Dabei machte der Herr Direktor seinem gepreßten Herzen Luft über die „Vollverheber“, „Faulenzer“ (gemeint sind die Gewerkschaftsbeamten).

Sein Lob klang aus auf die „neuen“ Gewerkschaften, (die Gelben). Die auf ihre Fahne geschrieben hätten: „mit dem Arbeitgeber.“ Anderer Ansicht ist der Meister, der einem unserer Kollegen gegenüber erklärte, sie möchten ja mal streiken, er stände in festem Gehalt. Former und Siebereiarbeiter haben daher Porz zu meiden.

Kalk. Es erscheint an der Zeit, daß wir noch einmal einen Blick in die berühmte Weltfirma Maschinenbau-Anstalt Humboldt Kalk werfen. In dieser Firma ist es besonders die Abteilung 4, die als ein richtiger Taubenschlag bezeichnet werden kann. Überstunden sind da zur Regel geworden, oft bis zu 6 Stunden täglich. Sehr häufig kommt es vor, daß Nachtschichten gemacht werden, wozu sich gewisse Elemente sogar freiwillig anbieten. Mit dem Verdienst steht es teilweise traurig aus. Wenn der Akkordpreis auf irgend ein Stück Arbeit in der Dreherei festgesetzt werden soll, dann müssen die Lehrlinge, welche einen Stundenlohn von 8, 12 oder 15 Pfg. haben, unter Leitung des Meisters das betreffende Stück Arbeit fertigstellen und hierauf wird der Akkordpreis in den meisten Fällen festgesetzt. Aus diesem Grunde verlassen speziell die jüngeren Dreher in kurzer Zeit diese Wasserbude.

Mit den anderen Arbeitern, besonders Stoßer, Hobler und Bohrer, geht es nicht besser. Bei letzteren wird der Akkordpreis ebenfalls auf ganz sonderbare Weise festgesetzt. Hat der Arbeiter zum Beispiel ein Stück Arbeit fertiggestellt, dann muß er zuerst eine zeitlang mit dem Meister herumhandeln, um einen eben annehmbaren Preis dafür zu erhalten. Jetzt wird der Akkordzettel ausgehrieben, welcher aber zunächst zur Nachprüfung dem gestrengen Herrn Inspektor vorgelegt werden muß. Nach der Rückgabe deszettels wird der Arbeiter gewahrt, daß dem Inspektor der vereinbarte Preis viel zu hoch war, es kommt deshalb häufig vor, daß derselbe 20, 30, 40 oder sogar 45 Prozent willkürlich herabgesetzt worden ist. Daß der Akkordpreis aber in einem solchen Maße herabgesetzt wird, muß um so ungedulter erscheinen, da es geschieht, ohne vorher die Zeichnung und die betreffende Arbeit gesehen zu haben. Wie will sich der betreffende Inspektor vorstellen, wie lange und angestrengt daran gearbeitet worden ist? Bei Beschwerden heißt es einfach, wenn Sie es dafür nicht machen können, dann lassen Sie es liegen. Durch die lange Hinanzögerung des Akkordzettels aber hat der Arbeiter in der Regel die Arbeit schon fertig und an ein Gegenlassen ist also dann nicht mehr zu denken. Die Beschwerden bei dem betreffenden Abteilungschef sind ebenso zwecklos, denn die Abzüge, die gemacht worden sind, bleiben bestehen. Der Arbeiter aber, der sich abgemüht und gequält hat, um etwas zu verdienen, ist um eine traurige Erfahrung reicher.

Bei diesen unhaltbaren Missständen müssen sich die organisierten Arbeiter noch härter bei den Inspektoren von Organisation zu sprechen. Denn mit schäbigen Denunziationen glauben sich gewisse Leute zu verschaffen auf Kosten ihrer Arbeitskollegen. Wie diesen Schmarokern aber die Löhne „verbessert“ werden, zeigt folgender Vorfall: Ein organisierter Kollege sollte ein Stück Arbeit machen, welches ein unorganisierter für den festgesetzten Preis nicht machen wollte. Der Organisierte erklärte dem Meister vom der Arbeiter, der darauf eingearbeitet sei, daran nichts verdienen kann, so kann ich es doch sicher

nicht. Nachdem der Kollege nur 50 Prozent Verkaufsgelohn hatte, wurden ihm aber auf andere Artikel gerade soviel abgezogen. Als die besser bezahlte Arbeit später mal wieder gemacht werden sollte, mußte der betreffende Kollege sehen, daß diese jetzt von dem Arbeiter gemacht wurde, der sie früher zu dem niedrigen Akkordpreis nicht machen konnte. Die schlecht-bezahlte Arbeit aber behielt der organisierte Kollege, der es dann auch endlich satt wurde, und der Meisterbude Valet gelagt hat.

Solche Zustände sind nur möglich geworden durch den Indifferentismus der dortigen Arbeiter. In allerlei Klubbvereinen sind diese Leute zu finden, wo sie ihr Geld für Alkohol und allerhand unnütze Festlichkeiten ausgeben. Arbeiter der Maschinenbau-Anstalt Humboldt! Soll es so weiter gehen? Nein und abermals nein, muß es bei euch heißen. Die Wut für auf diesem Werke muß gebrochen werden. Und dieses kann nur geschehen durch den Eintritt in die Organisation, denn vereinzelt seid ihr nichts, vereint aber stark! Deshalb besolgt diese Mahnung und tretet alle Mann für Mann in die Reihen des Christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes.

Herne. Am Dienstag Abend fand im Lokale des Herrn Stenberg (Christliches Gewerkschaftshaus) eine vom christl.-sozialen Metallarbeiter-Verband einberufene öffentliche Versammlung statt. Der große Saal war dicht besetzt. Gewerkschaftssekretär Baldey-Doyam referierte über das Thema: „Wie verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage.“ Redner schilderte zunächst die Zustände in den einzelnen Betrieben am hiesigen Orte. Der Redner machte zunächst die Mitteilung, daß die Firma Flottmann vom 1. August ab die neunstündige Arbeitszeit einführe. Dieses sei anzunehmen und könne den anderen Firmen am Orte, besonders der Firma Beien als Vorbild dienen. Hier habe man noch den elfstündigen Arbeitstag und meistens werden 13 und noch mehr Stunden gearbeitet. Bei der Firma Baum sei allerdings keine elfstündige Arbeitszeit mehr, aber das Ueberstundenwesen sei hier so in Blüte, daß es den Arbeitern zuwider sei. Tausend diese nicht mehr zeitgemäße Arbeitsmethoden seien die Firmen Beien und Baum stets auf der Suche nach Arbeitern. Recht scharf ging Redner mit der Firma Schmäder ins Gericht. Diese habe heute einem Arbeiter, der ein paar erhaltene Flugzettel weiter verteilte, einfach entlassen. Nachdem Redner dann auf die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse hingewiesen, den wirtschaftlichen Niedergang für die nächste Zeit schilderte, den Anwohnenden den Nutzen der Organisation vor Augen geführt, forderte er zu engerem Zusammenschluß im christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband auf. Dieser Aufforderung kamen eine ganze Anzahl Kollegen nach, so daß der Verband einen ziemlichem Zuwachs erhielt.

Schwinnigen. Die Lehren der letzten wirtschaftlichen Kämpfe beherzigend, haben wir in unserer Versammlung am 9. Juli beschlossen, vom 1. August an einen Extrabeitrag von 10 Pfg., also einen Einheitsbeitrag von 60 Pfg. zu erheben. Davon sollen 5 Pfg wöchentlich neben den statutarischen 7½ Prozent an die Bezirkskasse abgeführt werden. Der Beschluß ist ein Zeugnis dafür, daß wir auch in Schwinnigen nicht die letzten in der Opferwilligkeit sein wollen. Von der Einführung eines 5 Pfennig-Beitrages haben wir abgesehen, weil es bei ganzer Arbeit nicht mehr Widerstand zu überwinden gibt als auch bei halber und vier bis sechs Wochen zahlen kann, der wird auch noch 60 Pfg. aufbringen können. (Sehr richtig! Red.) Von allen Mitgliedern darf nunmehr auch erwartet werden, daß sie dem Beschluß alle ohne Ausnahme gern nachkommen und weiterhin die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder mit aller Energie betreiben.

Literarisches.

Unsere Stellung zur Gewerkschaftsfrage?
Ein offenes und erwagemeintes Wort an die evangelische und nationale Arbeiterschaft. Unter die er Ueberschrift hat der christliche Verein „Deutsche Jugend“ zu Essen (eine evgl.-soziale Vereinigung für jugendliche Arbeiter) eine 4 Seiten starke Agitations-Flugschrift herausgegeben, die sich für jeden christlichen Gewerkschaftler sehr zur Agitation unter der evangelischen Arbeiterschaft eignet. Der Inhalt der Flugschrift beschäftigt sich eingehend mit den verschiedenen gegnerischen Gewerkschaftsrichtungen und bringt ein reichhaltiges Material in bezug auf das Verhältnis und die grundsätzliche Stellung der verschiedenen großen evangelischen Korporationen zur christlichen Arbeiterbewegung herbei. Jeder evangelische Arbeiter, dem die Schrift in die Hände gegeben wird, dürfte von der Notwendigkeit der christlichen Berufsorganisation überzeugt werden. Dieses Flugblatt kann in beliebiger Anzahl von der Zentrale unseres Verbandes kostenlos bezogen werden.

Briefkasten der Verbandsleitung.

Nach Frankenthal. Wenn ein Mitgl. d. Unterst. Besetzung bezieht, hat dasselbe fortlaufend seine Beiträge zu zahlen. Dieses ist doch klar und deutlich aus dem Statut ersichtlich. — Nach Landsberg a. V. Wenn ein Mitgl. sein Buch verloren hat, darf ihm nur ein Ersatzbuch ohne vorgebrachte laufende Nummer ausgestellt werden, worin dann die Nummer des verloren gegangenen Mitgliedsbuches eingetragen wird; es gibt ja sonst die heillose Verwirrung mit dem Unterstützungswesen. Ersatzbücher ohne Nummern, können von der Zentrale bezogen werden. Das neuausgestellte Buch Nr. 85 654 ist einzufordern und an die Zentrale einzusenden. In das Ersatzbuch ist die alte Nummer 6624 einzutragen. Alle Ortsgruppenvorstände werden dringend ersucht, dieses in Zukunft doch strengstens beachten zu wollen.

Sterbetafel.

Würfelen. Am 24. Juli starb unser Kollege Peter Plum nach längerer Krankheit an Milartuberkulose.
Bons a. d. Saar. Unser Kollege Anton Schmidt starb am 22. Juli an Lungenemphysem.
Duisburg I (Buchholz). Unser Kollege Christian von der Heiden starb am 20. Juli infolge eines Magenlebens.
Colingen. Am 26. Juli starb unser Kollege Heinrich Spedtmeter an Lungenentzündung.
Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Münch. Samstag, den 2. August, abends 8½ Uhr Versammlung bei E. Krimm, Wittenerstraße.
Mittling. Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr in der Gasthaus, Burgheimerstraße. Wegen Nichtfertigkeit werden die Kollegen dringend eingeladen.
Cöln. (Sektion der Schlosser). Jeden 3. Donnerstag im Monat.
Cöln. (Sektion der Schmiede). 2. Jeden Donnerstag im Monat.
Cöln. (Sektion der Klempner und Installateure). Jeden 2. Samstag im Monat. — Anzeigebüro der Wanderversicherung auf dem Mars, Pflanzhof 110.
Dortmund. Sonntag, den 4. August Gewerkschaftsfeier der christl. Arbeiter Dortmund in der Hohenturm. Die Kollegen der umliegenden Pflanzhöfen sind eingeladen.
Dortmund. Montag, den 5. August Versammlung des Klempnerverbandes. Vortrag des Herrn Vorstehenden der Handwerkskammer.
Duisburg - Großenbaum. Sonntag nachmittags 5 Uhr im Lokale des Herrn Bräutigam, Mitgliederversammlung. Um vollständiges Erscheinen wird dringend ersucht.
Duisburg. Samstag, den 3. August, abends 8 Uhr Versammlung mit wichtigem Vortrag bei Broz.
Krumbach. Sonntag, den 4. August, nachm. 1 Uhr Ausflug nach Empel für die Gewerkschaften des Niederrheins. Referent: Arbeitersekretär Klatt aus Essen.
Essen-Crispverwaltung. Sonntag, den 4. August, morgens 11 Uhr im Gewerkschaftshaus vierstündliche Generalversammlung. Erscheinen Pflicht. Mitgliedsbücher vorzeigen.
Gladbach. Mittwoch, 15. August, Mitgliederversammlung bei Hase.
Hamm (Korben). Sonntag, den 11. August Versammlung mit Vortrag bei Hoff, Bodumerweg.
Hann (Sektion). Jeden zweiten Sonntag im Monat bei R. Krahwinkel a. d. Kirche.
Hannover. Die Stelle des infolge Krankheit abwesenden ersten Vorsitzenden vertritt bis auf weiteres der Kollege Johann Kuppel, Hannover-Verden, Dovenriederstraße 46.
Hörde. Samstag, den 3. August, abends 9 Uhr, bei Hamig Mitgliederversammlung.
Hann (Ortsverwaltung). Sonntag, den 4. August, morgens 11½ Uhr bei Drees, Wilhelmstr. Versammlung mit Vortrag. — Die Vertrauensleute werden gebeten, die Mitgliedsbücher mitgehend zwecks Abfertigung 12. auf der Geschäftsstelle abzuliefern.
Hilfshaus. Sonntag, den 4. August, nachm. 1½ Uhr: Anmarsch von Admer zum Gewerkschaftsfeier in Empel.
Indwischhafen a. Rh. Unsere Mitgliederversammlung ist Samstag, den 3. August bei Niehr, Rohrlachstraße 22. Ferner hiermit zur Mitteilung: Der Vorsitzende wohnt jetzt Bleichstr. 28, 2. Stod.
Lübeck. Unsere Mitgliederversammlungen finden statt an jedem Mittwoch nach dem 1. eines jeden Monats, abends 8½ Uhr, und an jedem Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats, mittags 11 Uhr im Vereinslokal, Johannstraße 25. Reiseunterstützung wird beim Kaiser 2. Westphal, Eitzenstraße 6, ausbezahlt.
Mericheld (Sektion). Jeden zweiten Sonntag im Monat, morgens 11 Uhr bei Karl Büchtemann, Herzogsstraße. Die nächste ist am 11. August mit Vortrag.
Paderborn-Altenbeken. Sonntag, den 11. August, vormittags 11 Uhr im Paderborn Versammlung mit Vortrag. Referent auswärtiger Kollege. Nachmittags 3 Uhr in Altenbeken, „Leutoburger Hof“.
Wald (Verwaltung). Alle vierzehn Tage Sonntag morgens 11 Uhr im Deutschen Haus. Die nächste ist am 4. August mit Vortrag.
Weimar. Sonntag, den 4. August, nachmittags 4 Uhr bei Fiedelmann, Köhlerstraße.

Lüchtige Hufschmiede
nach Düsseldorf gesucht. Zu melden auf der Geschäftsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes, Düsseldorf, Bousenstraße 37.